

»Warum müssen wir über Palästina reden?« Von Yanis Varoufakis ■ Seiten 2/3

»Ist Deutschland mitschuldig an einem Völkermord in Gaza?« Von Noura Erakat ■ Seiten 8/9

»Es geht nicht um Auschwitz sondern um die NATO«. Von Dror Dayan ■ Seiten 10/11

Die Tageszeitung
junge Welt

Dokumentation

»Wir klagen an!«

Eine Beilage der Tageszeitung *junge Welt* | Mittwoch/Donnerstag, 8./9. Mai 2024, Nr. 107



Versammlungsfreiheit mit Füßen getreten: Polizisten im Veranstaltungssaal nach Auflösung des Berliner Palästina-Kongresses (12.4.2024)

SEBASTIAN CHRISTOPH GOLLNOW/DPA

Grundrechte verteidigen!

Palästina-Kongress: *junge Welt* dokumentiert Beiträge der behördlich verbotenen Veranstaltung in Berlin. **Von Verlag und Redaktion**

Tacheles in Kriegszeiten, der Staat zeigt seine Instrumente: Das Signal, das dieser Kongress aussenden sollte, schien unerwünscht – so wurde er von oberster Stelle kurzerhand verboten. Unter dem Titel »Wir klagen an« war in Berlin ein Tribunal gegen die deutsche Mittäterschaft an den israelischen Kriegsverbrechen in Gaza geplant. Doch kaum fielen die ersten kritischen Worte, zogen die Behörden der Veranstaltung, die vom 12. bis 14. April 2024 mit ihrem Programm vor Ort ein deutliches Zeichen der Solidarität mit der notleidenden palästinensischen Bevölkerung setzen wollte, unter Vorwänden, aber ohne gesetzliche Grundlage buchstäblich den Stecker. Zuvor waren in sozialen Medien bereits Fotos von Polizisten verbreitet worden, die sich zu Dutzenden in Kampfmontur im Saal aufgestellt, Besucher drangsaliert und reihenweise nicht akkreditierte, dem Treffen augenscheinlich feindlich gesinnte Journalisten hineingeleitet hatten – gegen alle vorherigen Absprachen mit dem Veranstalter, der gleichzeitig eine drastisch eingeschränkte Teilnehmerzahl hinnehmen musste. Zudem verhängten die Ausländerbehörden wegen unerwünschter politischer

Betätigung de facto Einreiseverbote gegen zwei Referenten, den britisch-palästinensischen Chirurgen und Rektor der University of Glasgow Ghasan Abu Sitta und den Kandidaten zur EU-Wahl Yanis Varoufakis.

Bereits im Vorfeld wurden den Organisatoren allerhand Steine in den Weg gelegt: Ein wochenlanges politisches und mediales Kesseltreiben gegen diesen als Versammlung der »Israel- und Judenhasser« denunzierten Kongress hatte sie zu einem absurden Versteckspiel gezwungen. So wurde der Versammlungsort erst kurz vor Beginn bekannt gegeben. Die Sparkasse sperrte einem der Veranstalter, der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost«, im Vorfeld das Konto; auf diesem Weg konnten keine Spenden zur Unterstützung des Kongresses mehr eingeworben werden. Eine denkwürdige Maßnahme gegen Juden im Land der Täter.

So ging an jenem Freitag ein ganz anderes Signal von der Hauptstadt aus: Will der Staat nicht genehme Meinungen unterdrücken, können die Grundrechte auf Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit hierzulande jederzeit nach Belieben außer Kraft gesetzt werden. In

Zeiten, in denen Deutschland auf allen Ebenen »kriegstüchtig« gemacht werden soll, nimmt das Agieren gegen fortschrittliche oppositionelle Stimmen neue, deutlich rabiatere Formen an. In diesem Sinne markieren die Ereignisse des 12. April einen vorläufigen Höhepunkt in Sachen Demokratieabbau. Im Zweifelsfall, so die Botschaft, ist der politische Wille entscheidend, nicht die Rechtslage, ein machtgeschützter Zustand der Willkür, eine Etappe auf dem direkten Weg in den Polizeistaat. Das alles ist Teil einer allgemeinen Tendenz zum reaktionären Staatsumbau, längst geht die Debatte um Grundsätzlicheres, um die Aufhebung des Streikrechts etwa, eine Erweiterung der Kompetenzen des Inlandsgeheimdienstes und der Polizeibehörden, auch eine Neuaufgabe der Berufsverbote wird diskutiert und in Teilen – siehe Brandenburg – bereits umgesetzt.

Dagegen gilt es anzugehen, bevor es zu spät ist! Beunruhigend, dass sich in der Öffentlichkeit, und insbesondere von Seiten der Gewerkschaften, so wenig Widerstand gegen solche antidemokratischen Entwicklungen regt. Erschreckend, wenn diese sich – wie im Fall des DJU-Landesge-

schäftsführers Berlin-Brandenburg am 12. April – gegen die Grundrechte sogar zu Handlangern der Staatsmacht machen.

Die *junge Welt* als Medienpartnerin der Veranstaltung (und als kritisches Medium selbst Ziel staatlicher Attacken) ist nicht bereit, sich dem staatlichen Diktat zu unterwerfen und diese drastische Form von Einschränkung der Meinungsfreiheit hinzunehmen. Redaktion und Verlag haben sich daher entschlossen, mit dieser Beilage wesentliche Inhalte des Palästina-Kongresses verfügbar zu machen. Namentlich gekennzeichnete Artikel in *junge Welt* geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder, das gilt auch für die Texte in der vorliegenden Dokumentation. Einzelne Aussagen darin stehen sogar quer zur Blattlinie. Dennoch veröffentlichen wir sie, um zu verhindern, dass der Staat mit seinen Zwangsmaßnahmen sein Ziel erreicht, indem wir der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich mit den vorgetragenen Argumenten auseinanderzusetzen. Das Verfügbarmachen verschwiegener oder unterdrückter Informationen, Anliegen oder Positionen sehen wir als Hauptaufgabe dieser Tageszeitung.

Warum müssen wir über Palästina reden?

Lügen und Legenden rund um Israels Waffengang in Gaza. **Von Yanis Varoufakis**

Yanis Varoufakis ist Wirtschaftswissenschaftler. Während der Finanzkrise Griechenlands war er von Januar bis Juni 2015 Finanzminister der Syriza-Regierung und wurde durch seinen Widerstand gegen die Spardiktate der Troika international bekannt. Er ist Gründer und Vorsitzender der paneuropäischen linken Bewegung DIEM25, für deren griechische Sektion MeRa25 er 2019 erneut ins Parlament gewählt wurde und als Spitzenkandidat zu den EU-Parlamentswahlen 2024 antritt.

**Dokumentation
»Wir klagen an!«
erscheint als Beilage der Tageszeitung junge Welt im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.**

Redaktion:
Nick Brauns, Stefan Huth
(V.i.S.d.P.)
Anzeigen:
Elisabeth Nolte
Bildredaktion:
Ivett Polyak-Bar Am
Gestaltung:
Michael Sommer

**Am Mittwoch, 15.5.,
erscheint das jW-Spezial
Naher Osten**

Freunde, herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank, dass ihr hier seid, trotz der Drohungen, trotz der gepanzerten Polizei vor dem Veranstaltungsort, trotz des Aufgebots der deutschen Presse, trotz des deutschen Staates, trotz des deutschen politischen Systems, das euch verteufelt, weil ihr hier seid.

»Warum ein Palästina-Kongress, Herr Varoufakis?«, fragte mich kürzlich ein deutscher Journalist. Ich antworte mit Hanan Aschrawi: »Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die zum Schweigen gebrachten Menschen uns von ihrem Leid berichten.« Heute ist Aschrawis Begründung traurigerweise bestätigt und verstärkt worden: Weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass die zum Schweigen Gebrachten, die Massakrierten und Hungernden uns von den Massakern und dem Hungertod berichten. Aber es gibt noch einen anderen Grund für den Palästina-Kongress: Weil anständige Menschen, die Deutschen, dazu gebracht werden, einen gefährlichen Weg Richtung herzloser Gesellschaft zu beschreiten, indem ein weiterer Völkermord im Namen dieses Landes und in seiner Mitschuld verübt wird.

Ich bin weder Jude noch Palästinenser. Aber ich bin unglaublich stolz, hier unter Juden und Palästinensern zu sein – meine Stimme für Frieden und universelle Menschenrechte mit den jüdischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte zu vereinen – zusammen mit den palästinensischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte. Dass wir heute hier zusammen sind, ist der Beweis dafür, dass Koexistenz nicht nur möglich ist, sondern dass sie bereits stattfindet. Schon jetzt.

»Warum kein jüdischer Kongress, Herr Varoufakis?«, fragte mich derselbe deutsche Journalist, der sich wohl einbildete, schlau zu sein. Ich hatte nichts gegen seine Frage. Denn wenn auch nur eine einzige Jüdin oder ein einziger Jude bedroht wird, nur weil sie oder er Jude ist, werde ich den Davidstern an meinem Revers

tragen und unbedingt meine Solidarität anbieten. Um es noch deutlicher zu sagen: Wenn Juden irgendwo auf der Welt angegriffen werden, wäre ich der erste, der sich für einen jüdischen Kongress einsetzen würde, um unsere Solidarität zu bekunden. Ebenso wenn Palästinenserinnen und Palästinenser massakriert werden, weil sie Palästinenserinnen und Palästinenser sind – nach dem Dogma, dass sie Hamas gewesen sein müssen, wenn sie jetzt tot sind – werde ich meine Kufija tragen und meine Solidarität bekunden, koste es, was es wolle. Die universellen Menschenrechte sind entweder universell oder sie bedeuten nichts. In diesem Sinne habe ich die Frage des deutschen Journalisten mit ein paar eigenen Fragen beantwortet:

Werden zwei Millionen israelische Juden, die vor 80 Jahren aus ihren Häusern in ein Freiluftgefängnis geworfen wurden, immer noch in diesem Freiluftgefängnis gehalten, ohne Zugang zur Außenwelt, mit minimaler Nahrung und Wasser, ohne Chance auf ein normales Leben, ohne Möglichkeit, irgendwohin zu reisen, und werden sie seit 80 Jahren regelmäßig bombardiert? – Nein.

Werden israelische Juden absichtlich von einer Besatzungsarmee ausgehungert, während sich ihre Kinder auf dem Boden winden und vor Hunger schreien? – Nein.

Gibt es Tausende von jüdischen verletzten Kindern ohne überlebende Eltern, die durch die Trümmer ihrer ehemaligen Häuser kriechen? – Nein.

Werden israelische Juden heute von den modernsten Flugzeugen und Bomben der Welt bombardiert? – Nein.

Erleben die israelischen Juden einen kompletten Ökozid auf dem bisschen Land, das sie noch ihr eigen nennen können, wo es keinen einzigen Baum mehr gibt, unter dem sie Schatten suchen oder dessen Früchte sie essen können? – Nein.

Werden heute israelische, jüdische Kinder auf Befehl eines UN-Mitgliedsstaates von Scharfschützen getötet? – Nein.

Werden israelische Juden heute von bewaffneten Banden aus ihren Häusern vertrieben? – Nein.

Kämpft Israel heute um seine Existenz? – Nein.

Wenn die Antwort auf eine dieser Fragen ja wäre, würde ich heute an einem jüdischen Solidaritätskongress teilnehmen.

Freunde, heute hätten wir gerne mit Menschen, die anders denken als wir, eine anständige, demokratische und von gegenseitigem Respekt geprägte Debatte darüber geführt, wie wir Frieden und universelle Menschenrechte für alle Menschen, Juden und Palästinenser, Beduinen und Christen vom Jordan bis zum Mittelmeer erreichen können. Leider hat das gesamte deutsche politische System beschlossen, das nicht zuzulassen. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich nicht nur die CDU/CSU oder die FDP, sondern auch die SPD, die Grünen und bemerkenswerterweise zwei Vorsitzende der Partei Die Linke zusammengetan, um sicherzustellen, dass eine solche zivilisierte Debatte, bei der man durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann, in Deutschland niemals stattfinden wird.

Ich sage ihnen: Ihr wollt uns zum Schweigen bringen. Uns verbieten. Uns dämonisieren. Uns anklagen. Deshalb lasst ihr uns keine andere Wahl, als euren Anschuldigungen mit unseren Anschuldigungen zu begegnen. Ihr habt euch das ausgesucht. Nicht wir.

Ihr beschuldigt uns des antisemitischen Hasses. Wir werfen euch vor, die besten Freunde der Antisemiten zu sein, indem ihr das Recht Israels, Kriegsverbrechen zu begehen, mit dem Verteidigungsrecht der israelischen Juden gleichsetzt.

Ihr beschuldigt uns, den Terrorismus zu unterstützen. Wir werfen euch vor, legitimen Widerstand gegen einen Apartheidstaat mit Greueln gegen Zivilisten gleichzusetzen. Greueln, die ich immer verurteilt habe und verurteilen werde, egal wer sie begeht – Palästinenser, jüdische Siedler, meine eigene Familie, wer auch immer. Wir werfen euch vor, dass ihr die Pflicht der Menschen in Gaza nicht anerkennt, die Mauer des offenen Gefängnisses einzureißen, in dem sie seit 80 Jahren eingeschlossen sind, und dass

ihr diesen Akt des Einreißen der Schandmauer – die genauso wenig zu verteidigen ist wie die Berliner Mauer – mit Terrorakten gleichsetzt.

Ihr werft uns vor, den Terror der Hamas am 7. Oktober zu bagatellisieren. Wir werfen euch vor, die 80 Jahre andauernde ethnische Säuberung der Palästinenser durch Israel und die Errichtung eines gepanzerten Apartheidssystems in Israel/Palästina zu verharmlosen. Wir werfen euch vor zu verharmlosen, dass Netanjahu über Jahre die Hamas unterstützt hat, um die Zweistaatenlösung, die ihr angeblich befürwortet, zu sabotieren. Wir werfen euch vor, den beispiellosen Terror der israelischen Armee gegen die Menschen in Gaza, im Westjordanland und im Osten Jerusalems zu verharmlosen.

Ihr werft uns, den Organisatoren des heutigen Kongresses vor, dass wir, ich zitiere, »nicht daran interessiert sind, vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza über Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens im Nahen Osten zu sprechen«. Ist das euer Ernst? Habt ihr den Verstand verloren?

Wir beschuldigen euch, einen deutschen Staat zu unterstützen, der nach den USA der größte Waffenlieferant der Netanjahu-Regierung ist, die damit Palästinenserinnen und Palästinenser massakrieren will, um eine Zweistaatenlösung und ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern unmöglich zu machen.

Wir werfen euch vor, dass ihr nie die Frage beantwortet, die jeder Deutsche beantworten muss: Wieviel palästinensisches Blut muss noch fließen, bevor euer – berechtigtes – Schuldgefühl für den Holocaust weggewaschen ist?

Um es klar zu sagen: Wir sind hier in Berlin mit unserem Palästina-Kongress, weil wir im Gegensatz zum deutschen politischen System und den deutschen Medien Völkermord und Kriegsverbrechen verurteilen, unabhängig davon, wer sie verübt. Weil wir die Apartheid im Land Israel/Palästina ablehnen, egal wer die Oberhand hat – genauso wie wir die

Abweichende Meinungen zum Israel-Gaza-Krieg

Am 7.10.23 startet die Hamas einen Angriff auf Israel, und diesmal gelingt ihr ein blutiger Anschlag auf das ansonsten von allen israelisch-palästinensischen Feindseligkeiten erfolgreich abgeschirmte Kernland in etwas ungewohnter Dimension. Die ersten tiefeschürfenden Analysen reichen von „Absolut unprovokierter Terror!“ bis zu „Das musste ja irgendwann so kommen!“, ergänzt um die bangen bis hoffnungsfrohen Erwartungen eines gewaltigen israelischen Gegenschlages und Fragen nach den „Perspektiven für die Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten“, aus der die Palästinenserfrage doch so gründlich getilgt worden ist. Da bleibt freilich kein Platz für die Frage, warum es die „Sache der Palästinenser“ so und nur so: als periodischen Terror gegen Israel gibt. Diese Erklärung findet sich im **GEGENSTANDPUNKT**-Artikel „Gaza-Krieg 2014: Israels Kampf um die Einstaatenlösung“.

Wie jedes Mal beweist die deutsche Öffentlichkeit auch bei der jüngsten Auflage der nahöstlichen Gewaltorgie – bei allem inszenierten Erschrecken – ihr erstaunliches Unterscheidungsvermögen in Sachen solcher Gewalt und solcher Gewalt, solchen Opfern und solchen Opfern, solchen und solchen Gewaltsubjekten... Die gemeine, überhaupt nicht spezifische Logik der moralischen Einordnung der kriegerischen Gewalt andernorts, ihr Verhältnis zum wirklich gültigen politischen Standpunkt, den die hiesige Staatsmacht zu

dem nahöstlichen Gewaltgeschehen und seinen Subjekten einnimmt, und in diesem Zusammenhang die spezifische deutsche Stellung zu Israel und seinen Gegnern, über die nach offiziellem und öffentlichem Geschmack mit der Parole „Solidarität mit Israel ist deutsche Staatsräson“ alles gesagt sein soll, wird kritisiert in dem Artikel „Anmerkungen zum allgemeinen Verhältnis von Krieg, Kriegsmoral und Kriegsöffentlichkeit sowie zu einer deutschen Besonderheit“ aus dem Jahr 2021.

Darüber hinaus ist Grundsätzliches zur einzigartigen israelischen Staatsräson im Artikel „Israel 2019: Imperialistische Musterdemokratie in zionistischer Mission“ aufgeschrieben. Mit den letzten Fortschritten Israels hinsichtlich der faktischen Erledigung der Palästinenserfrage und der Zeit der Staatskrise kurz vor Ausbruch des jetzigen Krieges befasst sich der Artikel „Die Heimstatt des jüdischen Volkes in Aufruhr: Anmerkungen zum Zusammenhang zwischen dem Erfolg der israelischen Kein-Staat-Lösung für Palästina und der Staatskrise in Israel“.

Die vier älteren Ausgaben des **GEGENSTANDPUNKT** (Nr. 3-14, 4-19, 3-21, 3-23), die die genannten Artikel zu den Ereignissen zwischen 2014 und dem Beginn des aktuellen Krieges 2023 enthalten, sind in der Druckausgabe als Paket zum Sonderpreis von 24 Euro erhältlich. Die Ausgaben 4-23 und 1-24, die die aktuellen Ereignisse beleuchten, sind im Paket nicht enthalten; sie können auf Wunsch separat für jeweils 15 Euro dazu bestellt werden:

**Gegenstandspunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München; Tel.: 089-2721604
gegenstandspunkt@t-online.de ■ gegenstandspunkt.com/dossier/israel-gaza-krieg**



Nach zwei Stunden beendeten Polizisten im Tagungssaal den Palästina-Kongress (Berlin, 12.4.2024)

IVETT POLYAK-BAR AM/W

Apartheid in den amerikanischen Südstaaten oder in Südafrika abgelehnt haben. Weil wir für universelle Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit von Juden, Palästinensern, Beduinen und Christen im alten Land Palästina eintreten.

Und damit wir uns noch klarer über die berechtigten und bösartigen Fragen sind, die wir immer bereit sein müssen zu beantworten: Verurteile ich die Greuelthaten der Hamas? Ich verurteile jede einzelne Greuelthat, unabhängig davon, wer der Täter oder das Opfer ist. Was ich nicht verurteile, ist bewaffneter Widerstand gegen ein Apartheidssystem, das als Teil eines langsam brennenden, aber unaufhaltsamen Programms der ethnischen Säuberung konzipiert wurde. Anders ausgedrückt: Ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten, während ich gleichzeitig jeden feiere, der sein Leben riskiert, um die Mauer einzureißen.

Befindet sich Israel nicht in einem Krieg um seine Existenz? Nein, befindet es sich nicht. Israel ist ein nuklear bewaffneter Staat mit der vielleicht modernsten Armee der Welt und dem ganzen Arsenal der US-Militärmaschinerie im Rücken. Es gibt kein Gleichgewicht zur Bewaffnung der Hamas, einer Gruppe, die Israelis ernsthaften Schaden zufügen kann, die aber in keiner Weise in der Lage ist, Israels Militär zu besiegen oder Israel daran zu hindern, den langsa-

men Völkermord an den Palästinensern im Rahmen des Apartheidsystems fortzusetzen, das mit langjähriger Unterstützung der USA und der EU errichtet wurde.

Haben die Israelis nicht zu Recht Angst, dass die Hamas sie ausrotten will? Natürlich haben sie das! Juden haben einen Holocaust erlitten, dem Pogrome und ein tiefverwurzelter Antisemitismus vorausgingen, der Europa und Amerika seit Jahrhunderten durchdringt. Es ist nur natürlich, dass Israelis in Angst vor einem neuen Pogrom leben, wenn die israelische Armee einknickt. Indem der israelische Staat seinen Nachbarn die Apartheid aufzwingt und sie wie Untermenschen behandelt, schürt er das Feuer des Antisemitismus, stärkt Fanatiker bei den Palästinensern und Israelis, die sich nur gegenseitig vernichten wollen, und trägt letztlich zu der schrecklichen Unsicherheit bei, die Juden in Israel und der Diaspora verzehrt. Die Apartheid gegen die Palästinenser ist eine miserable Idee, wenn es um die Selbstverteidigung Israels geht.

Was ist mit Antisemitismus? Der Antisemitismus ist immer eine klare und gegenwärtige Gefahr. Und er muss ausgerottet werden, vor allem in den Reihen der globalen Linken und der Palästinenserinnen und Palästinenser, die für palästinensische Bürgerrechte kämpfen – überall auf der Welt.

Warum verfolgen die Palästinenser ihre Ziele nicht mit friedlichen Mitteln? Das haben sie getan. Die PLO hat Israel anerkannt und auf den bewaffneten Kampf verzichtet. Und was haben sie dafür bekommen? Absolute Erniedrigung und systematische ethnische Säuberung. Das hat die Hamas hervorgebracht und sie in den Augen vieler Palästinenserinnen und Palästinenser als einzige Alternative zu einem langsamen Völkermord unter Israels Apartheid erscheinen lassen.

Was sollte jetzt getan werden? Was könnte Frieden in Israel/Palästina bringen? Ein sofortiger Waffenstillstand. Die Freilassung aller Geiseln: die der Hamas und die Tausenden, die von Israel festgehalten werden. Ein Friedensprozess unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der durch die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, die Apartheid zu beenden und gleiche Bürgerrechte für alle zu gewährleisten. Bei der Frage, was an die Stelle der Apartheid treten soll, müssen Israelis und Palästinenser zwischen der Zweistaatenlösung und der Lösung eines einzigen föderalen, säkularen Staates entscheiden.

Freunde, wir sind hier, weil es falsch ist, Rache zu nehmen, statt zu trauern. Wir sind hier, um nicht für Rache, sondern für Frieden und Koexistenz in Israel und Palästina zu werben. Wir sind hier, um den deutschen Demokratinnen und Demokraten, einschließlich unserer ehemaligen Genossinnen und Genossen von der Linken zu sagen, dass sie sich lange genug mit Schande bedeckt haben – dass Unrecht plus Unrecht kein Recht ergeben – und dass es nicht zur deutschen Vergangenheitsbewältigung beiträgt, wenn wir zulassen, dass Israel mit Kriegsverbrechen davonkommt.

Über den heutigen Kongress hinaus haben wir in Deutschland die Pflicht, den Diskurs zu verändern. Wir haben die Pflicht, die große Mehrheit der anständigen Deutschen davon zu überzeugen, dass die universellen Menschenrechte das

Wichtigste sind. Dass »nie wieder« wirklich »nie wieder« bedeutet. Für niemanden, egal ob Jude, Palästinenser, Ukrainer, Russe, Jemenit, Sudanese, Ruander – für alle, überall.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, ankündigen zu können, dass die deutsche politische Partei MERA25 von DiEM25 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Juni auf dem Stimmzettel stehen wird – um die Stimme der deutschen Humanisten zu bekommen, die sich danach sehnen, dass jemand im Europäischen Parlament Deutschland vertritt und die Komplizenschaft der EU beim Völkermord anprangert – eine Komplizenschaft, die Europas größtes Geschenk an die Antisemiten in Europa und anderswo ist.

Ich grüße euch alle und schlage vor, dass wir nie vergessen, dass niemand von uns frei ist, solange auch nur eine(r) von uns in Ketten liegt

DiEM25
Communications
<https://kurzelinks.de/Varoufakisrede>

»Fahndungsausschreibung« gegen Varoufakis

Die Bundespolizei hatte »im Kontext einer möglichen Teilnahme« von Varoufakis als Redner beim Palästina-Kongress eine »Fahndungsausschreibung zur nationalen Einreiseverweigerung« im Rahmen des Freizügigkeitsgesetzes der Europäischen Union verhängt, wie aus einer Antwort der Behörde an die juristische Vertretung des Politikers hervorgeht, die *junge Welt* vorliegt. Diese Maßnahme ist nur möglich, wenn eine »Gefahr öffentliche Sicherheit und Ordnung« besteht. Im Falle einer »geplanten Teilnahme am Kongress als aktiver Redner« wäre eine Einreiseverweigerung gegen den Politiker »geprüft worden«. Infolge der auf den Zeitraum vom 10. bis zum 14. April 2024 befristeten Maßnahme habe in Hamburg ein Auftritt von Varoufakis abgesagt werden müssen, der damit Wahlkampf für die von ihm geführte linke Partei MERA25 für die EU-Wahlen machen wollte, teilte deren deutsche Sektion mit. (jW)

ANZEIGE



Thomas Metscher
Faust und die Dialektik
Studien zu Goethes Dichtung

Die hier vorgelegte Untersuchung geht von der Einsicht aus, dass die Aporien der bisherigen Rezeption – des perfektibilistischen wie des anti-perfektibilistischen *Faust* – aus dem Textbestand resultieren, dass diese den Text in seinem Grundcharakter verfehlen. Dies zu zeigen und Folgerungen daraus zu ziehen, ist Absicht dieser Schrift.

612 Seiten, 40 €, ISBN 978-3-946946-41-0

mangroven
VERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

In Deutschland lässt sich schwer sachlich über das Thema Zionismus sprechen. Im Antisemitismusdiskurs, wo allzu oft mit Unterstellungen statt Fakten gearbeitet wird, wird das Wort »Zionist« häufig als Ersatz für »Jude« dargestellt. Entsprechend kommt das Wort »Antizionismus« vor allem in abwehrenden Aussagen wie »Antizionismus ist nicht Antisemitismus« vor. Außerdem wird suggeriert, der Zionismus – das Anstreben und die anschließende Erhaltung eines jüdischen Staates – sei eine Reaktion auf den Holocaust, was ihm eine gewichtige moralische Legitimation verleiht. Dabei gehen sowohl der Zionismus als auch der Antizionismus viel weiter zurück.

Der österreichisch-ungarische Publizist Theodor Herzl, Gründungsvater des politischen Zionismus, veröffentlichte 1896 den schmalen Band »Der Judenstaat«, der zum zentralen Text der Bewegung wurde. Herzl war ein bürgerlich-assimilierter europäischer Jude, ein Kosmopolit, der in Paris und Wien tätig war und sich weder mit der Religion noch den kulturellen Traditionen des Judentums identifizierte. Für ihn bestand die jüdische Identität vor allem darin, von antisemitischer Diskriminierung betroffen zu sein. Er hing so wenig am Judentum, dass er einmal scherzte, mit einer Konversion aller Juden zum Katholizismus wäre die sogenannte Judenfrage gelöst – was gar nicht so eine absurde Aussage war in einer Zeit, in der sich nicht wenige Juden für die christliche Taufe entschieden, um diskriminierende Regeln zu umgehen. Was er an ihnen jedoch bewunderte, war ihre Widerstandskraft angesichts der jahrhundertelangen Verfolgung, und das hat ihn dazu bewogen, doch eine Selbstbestimmung als Nation in einem eigenen Staat anzustreben.

Ausschlaggebend für diese Vision war nicht zuletzt die Dreyfus-Affäre von 1894, in der ein erfolgreicher französischer Offizier, Alfred Dreyfus, aufgrund falscher Anschuldigungen degradiert, diffamiert und inhaftiert wurde. Für Herzl war das der Beweis: Selbst wenn Juden angesehen Rollen im Staat und in der Gesellschaft haben, laufen sie immer Gefahr, Opfer von Antisemitismus zu werden und eventuell alles zu verlieren, sogar ihr Leben.

Wenngleich der politische Zionismus eine koloniale Bewegung war – im Gegensatz zu anderen Varianten des Zionismus, die etwa auf Kultur statt Herrschaft beruhten –, darf man nicht vergessen, dass er ursprünglich eine Reaktion auf Diskriminierung, also auf Unrecht war.

Warum Antizionismus notwendig ist

Der Genozid in Gaza ist die logische Konsequenz des Plans ethnoreligiöser Herrschaft. **Von Wieland Hoban**

Wieland Hoban ist Komponist und akademischer Übersetzer in den Bereichen Philosophie, Kunstmusik und Literatur. Er ist Vorsitzender des Vereins Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V. und vertritt diesen auch bei den Dachorganisationen IJCJP (International Jewish Collective for Justice in Palestine) und EJJP (European Jews for a Just Peace).

Dennoch wurde er zunächst von der großen Mehrheit der Juden trotz ihrer eigenen Diskriminierungserfahrung abgelehnt. Der erste Zionistische Kongress im Jahr 1897 sollte in München stattfinden. Der Widerstand der dortigen jüdischen Gemeinde war aber so heftig, dass Herzl ihn nach Basel verlegte. Woran lag das?

Wie es oft bei religiösen und ethnischen Minderheiten der Fall ist, war die Assimilation für die jüdische Bevölkerung vor allem in Westeuropa ein zentrales Thema. Mit dem Anfang der Aufklärung im späten 18. Jahrhundert entstand dort eine Spannung zwischen dem aufrichtigen Bekenntnis zu einer säkularen, rational orientierten modernen Gesellschaft und dem einfachen Wunsch nach Akzeptanz und Gleichstellung. Die gesetzliche Gleichstellung deutscher Juden war erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollendet worden; da schien es gerade für die assimilierte Bevölkerung irrsinnig, den mühevollen Weg dorthin durch ein separatistisches Nationalprojekt zunichte zu machen. Assimilierte Juden in Europa empfanden sich als jüdische Bürger des jeweiligen Staates, nicht als gesellschaftlicher Fremdkörper, der anderswohin gehörte.

Der politische Zionismus war eine pragmatische Bewegung, die zunächst für diverse Optionen offen war, um irgendein Territorium von der jeweils herrschenden Kolonialmacht zugewiesen zu bekommen. Uganda, Alaska, Argentinien – es waren verschiedene Orte im

Gespräch, bis die Wahl schließlich auf Palästina fiel, da diese Möglichkeit mehr Anklang bei jüdischen Weggefährten fand. Dort hatte sich auch eine kleine jüdische Minderheit über viele Jahrhunderte erhalten. Herzls Vision war durchdrungen vom europäischen Imperialismus; er versprach einen »Vorposten« der Zivilisation in einem Meer der Barbarei. Der jüdische Staat sollte als Machterweiterung des britischen Imperiums dienen, danach hat Israel für die USA diese Funktion übernommen.

Herzl starb bereits 1904, lange vor der Verwirklichung seiner Idee, aber seine Nachfolger in der Führung der Zionistischen Organisation erzielten 1917 einen entscheidenden Erfolg, als der britische Außenminister Arthur Balfour einen Brief schrieb, der als »Balfour-Deklaration« berühmt wurde. Darin versprach er der zionistischen Bewegung (vertreten durch Baron Walter Rothschild) eine jüdische Heimstätte im Gebiet Palästina, das nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs von den Briten verwaltet wurde.

Das Befremden assimilierter Juden gegenüber dem zionistischen Projekt wurde besonders klar und eindrucksvoll vom liberalen Politiker Edwin Montagu, dem einzigen jüdischen Minister im britischen Kabinett, ausgedrückt. Nachdem Balfour den Plan einer »jüdischen Heimstätte« in Palästina vorgelegt hatte, verurteilte Montagu das Vorhaben als antisemitisch – zuerst in einer Schrift, dann später im Kabinett. In seinem »Memorandum on the Anti-Semitism of the Present (British) Government« schrieb er: »Wenn man den Juden sagt, ihr Heimatland sei Palästina, dann wird sofort jedes Land danach trachten, seine jüdischen Bürger loszuwerden.« Er sprach von einem Beschluss, der aus allen jüdischen Mitbürgern »Fremde und Ausländer per Implikation macht«, und befürchtete als Konsequenz sogar einen zunehmenden Impuls, britischen Juden die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn ihre nationale Heimat fortan Palästina hieße. Das Ergebnis: »Palästina wird das Ghetto der Welt werden.« Montagu war kein Linker, sondern ein liberaler Patriot; für ihn selbst war die Frage der nationalen Loyalität tatsächlich ein Argument gegen den Zionismus, dessen Ziele »mit britischer Staatsbürgerschaft unvereinbar« seien. Da der Vorwurf der doppelten Loyalität – die dem eigenen Staat aber gleichzeitig dem jüdischen Staat gilt – seit der Gründung Israels als Ausdruck von Antisemitismus gilt, ist es bemerkenswert, dass Montagu diese Anschuldigung logisch konsequent an die Adresse der Zionisten richtete.

Balfour war alles andere als ein Freund der Juden. Im Jahr 1905 führte er als Premierminister ein Gesetz ein – den sogenannten Alien Act (Ausländer-

gesetz) –, um die jüdische Einwanderung aus dem Zarenreich zu begrenzen. Er warb mit der Rhetorik des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit dafür: Diese Menschen seien mit der britischen Gesellschaft nicht kulturell kompatibel und wären deswegen unerwünscht. Sehr passend also, dass dieser Mann die jüdische Selbstabschiebung ermöglicht hat.

Ein berühmtes Motto der zionistischen Bewegung war »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« – eine zynische Parole, da es keineswegs unbekannt war, dass Palästina bevölkert war. Montagu sprach auch dieses Unrecht an: »Ich nehme an (...), dass Mohammedaner und Christen den Juden Platz machen und die Juden in alle Vorzugspositionen gebracht werden sollen. (...) Man wird eine Bevölkerung in Palästina vorfinden, die dessen jetzige Bewohner vertreibt und all das Beste dort im Land für sich nimmt.«

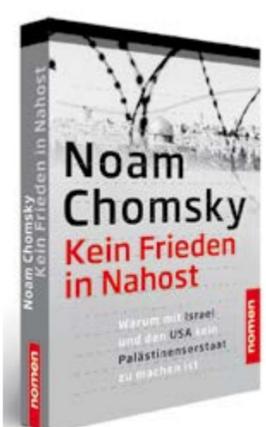
Es ist aus heutiger Sicht bemerkenswert, dass damals einer der wenigen jüdischen Abgeordneten in Großbritannien Antizionist war. Der linke Antizionismus war in Osteuropa stärker, vertreten vor allem durch den Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland. Der sozialistische »Bund« vertrat zwar auch eine Art jüdischen Nationalismus und verlangte die Anerkennung von Juden als Nation mit Minderheitenstatus, lehnte aber strikt den Zionismus als Verwirklichung jüdischer Selbstbestimmung ab. Er vertrat die Einführung von Jiddisch als jüdische Nationalsprache, was den Verhältnissen in der Region entsprach und auch die Ablehnung des Hebräischen vermittelte, dessen Wiederbelebung Kernbestandteil des zionistischen Projekts war. Ein Schlagwort der Bundisten war »doykayt«, was auf jiddisch so viel wie »Hiersein« bedeutet. Sein Sinn wird in einer ihrer Parolen verdeutlicht: »Wo wir sind, ist unser Zuhause.« Als Sozialisten hatten sie das Ziel einer befreiten Gesellschaft, und der Weg dorthin verlangte einen Klassenkampf, bei dem die Arbeiterklasse gemeinsam Diskriminierungsformen wie Antisemitismus als Spaltungsmittel der Herrschenden bekämpfen musste. Der Zionismus bedeutete eine Absage an diesen gemeinsamen Kampf.

Wenn man den Zionismus nur durch das Prisma des Holocaust betrachtet, also als Rettung der europäischen Juden vor dem Vernichtungsantisemitismus der sogenannten Nationalsozialisten, verkennt man nicht nur seine Geschichte, sondern auch den antiemanzipatorischen Kern seiner Ideologie. Denn er beruht auf dem gleichen Prinzip wie der Antisemitismus, nämlich, dass Juden und Nichtjuden nicht zusammenleben sollen. Deswegen empfand ihn Montagu als antisemitisch, und deswegen schrieb Theodor Herzl in sein Tagebuch: »Die

ANZEIGE

»Chomsky zeigt eine verschworene Gemeinschaft, die ohne seine Analyse kaum zu durchschauen ist.«

Michael Haupt



Noam Chomsky
Kein Frieden in Nahost
Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist

Der Nahost-Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern – ein Thema ohne Ende und ohne Hoffnung? Noam Chomsky erläutert, wieso amerikanische und israelische Interessen einen Frieden mit den Palästinensern verhindern und auch in Zukunft verhindern werden. Er zeigt die strategischen Interessen der USA im Nahen Osten, die grundsätzliche Einigkeit der israelischen Parteien über den Umgang mit den Palästinensern und erläutert das Problem der israelischen Atomwaffen. Ein Buch von andauernder Aktualität.

240 Seiten
17,90 Euro
ISBN 978-3-939816-53-9

www.nomen-verlag.de · Tel. 0 69 / 95 41 62 13



Pressekonferenz der Kongressorganisatoren Yuval Gal, Dror Dayan, Wieland Hoban, Karin De Rigo und Nadija Samour nach dem Verbot (Berlin, 13.4.2024)

Antisemiten werden unsere verlässlichsten Freunde, die antisemitischen Länder unsere Verbündeten.« Denn die Antisemiten und die Zionisten hatten das gleiche Ziel: die Entfernung der Juden aus Europa. Dementsprechend ergab sich auch eine Zusammenarbeit mit den Nazis, u. a. im Ha'avara-Abkommen von 1933: Da die Nazis die Juden loswerden wollten, zu dem Zeitpunkt aber noch nicht die »Endlösung« beschlossen hatten, sollte das Abkommen das gemeinsame Ziel einer Auswanderung nach Palästina für deutsche Juden erleichtern. Es hat fraglos Menschenleben gerettet, verstieß aber gegen den internationalen Boykott Hitlerdeutschlands.

Im Laufe der Zeit zeigten die Zionisten noch deutlicher, dass ihnen zur Besiedlung Palästinas jedes Mittel recht war, und dass die Gründung des jüdischen Staates wichtiger war als das Wohl jüdischer Menschen an sich. David Ben-Gurion, erster Premierminister Israels, sagte einst: »Wenn ich wüsste, dass es möglich wäre, alle Kinder Deutschlands zu retten, indem ich sie nach England bringe, und nur die Hälfte, indem ich sie ins Land Israel bringe, würde ich mich für letzteres entscheiden.« Er bezog sich dabei auf die Kindertransporte, die zwischen 1938 und 1939 10.000 Minderjährige aus Deutschland und Osteuropa vor den Nazis retteten. Dass in den letzten Kriegsjahren doch noch viele Juden nach Palästina flüchteten, die überhaupt nicht am zionistischen Projekt interessiert waren, lag an der Entscheidung westlicher Länder, keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Somit bekam das zionistische Projekt letztlich doch die Funktion einer Rettung; dies muss aber als Hinweis auf das moralische Versagen des Westens betrachtet werden, nicht als Bestätigung seiner Richtigkeit.

Das größte Unrecht, das im 20. Jahrhundert aus dem Zionismus folgte, war die Nakba (arabisch »Katastrophe«), bei der 750.000 Palästinenser vertrieben und etwa 15.000 getötet wurden. Die letzte Phase fiel zwar mit dem israelischen Unabhängigkeitskrieg zusammen, nachdem die umliegenden arabischen Staaten auf

die bisherigen zionistischen Verbrechen und die anschließende Ausrufung des jüdischen Staates am 14. Mai 1948 reagierten; die Nakba war aber seit Jahren in Planung gewesen und fing bereits im Dezember 1947 an. Mehr als die Hälfte der Vertreibungen fand schon vor Mai 1948 statt. Das generationenübergreifende Trauma, das in jüdischen Familien im Zusammenhang mit dem Holocaust bekannt ist, ist auch in palästinensischen Gemeinschaften zu finden; manche Familien, die 1948 ins Westjordanland vertrieben wurden, mussten 1967 nach dem Sechstagekrieg erneut flüchten. Andere gingen nach Ostjerusalem und wurden in den letzten Jahren aus ihren Häusern geworfen, und noch andere, die sich 1948 in den heutigen Gazastreifen retteten, sind seit 2023 wieder auf der Flucht. Die Nakba hat nie aufgehört, und das damit einhergehende Trauma auch nicht.

Auch wenn die Hauptopfer des Zionismus fraglos die Palästinenser sind, hat er im Nahen Osten auch vielen Juden geschadet. Inzwischen ist es bei Unterstützern Israels beliebt, zur Relativierung der Nakba die Auswanderung der meisten Juden aus Ländern wie Irak, Syrien, Jemen, Iran, Marokko, Tunesien, Algerien oder Ägypten anzuführen, deren Zahl um 800.000 geschätzt wird. Der Tenor: Es wurden vielleicht Palästinenser vertrieben, aber auch Juden, was außerdem den Antisemitismus der muslimischen Staaten beweist. Tatsächlich war der Exodus ein komplexer Prozess in mehreren Phasen, eine Mischung aus Push- und Pull-Faktoren. In manchen Fällen kam es zur direkt angeordneten Vertreibung, etwa durch Präsident Gamal Abdel Nasser in Ägypten. Anderswo hatten zionistische Rekrutierungsagenten Zwietracht gesät, etwa im Irak und Marokko, um die dortigen Juden, die seit Jahrhunderten eine wesentlich harmonischere Koexistenz mit Muslimen und Christen geführt hatten als diejenigen im christlichen Europa, zur Auswanderung zu bewegen. Dafür sollten in Bagdad und Kairo False-Flag-Bombenanschläge Angst in der jüdischen Bevölkerung schüren.

Nachdem die Auswanderungswelle aus Marokko Fahrt gewonnen hatte, stellte sich König Mohammed V. (der die Abschiebung von Juden in Vernichtungslager während des Zweiten Weltkriegs verhindert hatte) öffentlich dagegen; er gab den Juden die bislang verwehrtete volle Staatsbürgerschaft und bot ihnen stärkere Repräsentanz auf politischer Ebene an. Sein Nachfolger Hassan II. ließ sich ab 1961 dagegen für jeden ausgewanderten Juden von der Hebrew Immigrant Aid Society 100 US-Dollar zahlen.

Das soll nicht heißen, dass es in diesen Ländern keinen Antisemitismus gab, auch lange vor 1948. Aber der Zionismus hat jüdenfeindliche Einstellungen in arabischen Gesellschaften stark verschärft, und Pogrome wie in den marokkanischen Städten Oujda und Jerada im Juni 1948 waren eine direkte Folge daraus. Edwin Montagu Vorahnungen hatten sich bewahrheitet: »Wenn man den Juden sagt, ihr Heimatland sei Palästina, dann wird sofort jedes Land danach trachten, seine jüdischen Bürger loszuwerden.«

Der Zionismus entstand nicht nur als jüdischer Nationalismus, sondern auch als deutlich weiß gefärbter; Neuankömmlinge in Israel aus Marokko beschwerten sich bald in Briefen an ihre Familien in der Heimat über die rassistische Behandlung durch Europäer, und jemenitische Juden wurden bei der Ankunft mit Pestizid »entlastet«. Arabische Juden durfte es in Israel nicht geben: Man war entweder Jude oder Araber, denn »Araber« bedeutete Palästinenser. Daran hat sich nichts geändert, und der Anpassungsdruck für die systemisch diskriminierten arabischen Juden hat im Laufe der Zeit zu einer Überkompensation durch besonders intensiven antipalästinensischen Rassismus geführt. Zudem wird jede Klassensolidarität durch den Zionismus unterwandert, schließlich ist die jüdische Arbeiterklasse durch ihn gegenüber der palästinensischen Arbeiterklasse im Vorteil. Auf diesen Vorteil wird sie nicht mehrheitlich verzichten, solange es ihn gibt.

Der aktuelle Genozid im Gazastreifen ist eine zweite Nakba, die die erste in

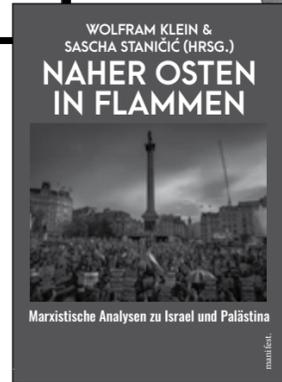
den Schatten stellt. Dabei ist dieser eliminatorische Zionismus keine Anomalie, keine Deformierung einer gesunden Anfangsidee, sondern die logische Konsequenz aus einem Plan der ethnoreligiösen Herrschaft – und heute wie damals Teil einer imperialistischen Weltordnung. Humanistische zionistische Entwürfe wie der von Martin Buber wurden beiseite gefegt, und übrig blieb nur die Unterwerfung der nichtjüdischen Bevölkerung (mit einer Dominanz zweiter Klasse für nichtweiße Juden und die Errichtung eines Apartheidsystems). Dieser Zionismus macht Juden heute weder in Israel noch in anderen Ländern sicherer, und der Mythos des »Schutzraums« wurde spätestens am 7. Oktober 2023 zusammen mit dem Grenzzaun vor Gaza gesprengt. Der politische Zionismus beruht auf der Logik des Antisemitismus, nicht der Emanzipation; er ist eine Ideologie der Unterdrückung, die abgeschafft werden muss.

Überarbeitete Fassung des Vortrags von Wieland Hoban für den Palästina-Kongress

ANZEIGE

Neuerscheinung

ISBN 978-3-96156-137-7
17,50 Euro, 356 Seiten
Überall im Buchhandel und unter
www.manifest-buecher.de





Während der Übertragung von Abu Sittas Beitrag auf dem Palästina-Kongress kappte die Polizei den Strom (Berlin, 12.4.2024)

NETT POLYAK-BAR AM/JW

Die *junge Welt* dokumentiert den anhand der Videoaufzeichnung übersetzten Vortrag von Salman Abu Sitta. Die darin vorkommende Bezeichnung Gazas als »Konzentrationslager« kann als Relativierung des Konzentrationslagersystems des Nazifaschismus interpretiert werden und wäre als solche falsch und kategorisch abzulehnen. Auch Abu Sittas Darstellung der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 erscheint angesichts der zahlreichen zivilen israelischen Opfer an diesem Tag als verkürzte Darstellung, die wir so nicht teilen. Abu Sitta beendet seine Rede mit dem Ausspruch »Palästina muss frei sein, vom Fluss bis zum Meer«. Eine Strafbarkeit dieser Aussage ist nach Auffassung von Juristen und Gerichten kontextabhängig. Aus der Darstellung Abu Sittas ergibt sich eindeutig, dass er diese Aussage mit Blick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Juden und Palästinensern auf dem Gebiet des historischen Palästina trifft. (jW)

Mehr als 76 Jahre Kolonialisierung Palästinas

Das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge ist nicht verhandelbar, für Gerechtigkeit unumgänglich und praktisch realisierbar. **Von Salman Abu Sitta**

Vielen Dank, dass Sie mich heute zum Palästina-Kongress in Berlin eingeladen haben. Ihre Veranstaltung kommt nicht nur wegen des laufenden Völkermordes in Gaza zur rechten Zeit, sondern auch wegen der Politik der deutschen Regierung in Vergangenheit und Gegenwart. Niemand, absolut niemand, kann ignorieren, was sich heute in Gaza abspielt. Es gibt nichts Vergleichbares in der Geschichte der Menschheit. Natürlich hat es in der Geschichte viele Massaker und Greuelthaten gegeben. Wir haben die Aufzeichnungen gesehen, die auf alten Mauern eingemeißelt sind und Beschreibungen in Geschichtsbüchern. Wir haben Berichte über Nero gelesen, der Rom niederbrannte. (Nächster Satz unverständlich, jW) Und wir haben viele Male in Filmen und Museen die Greuelthaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg gesehen. Wir haben von den Massakern im afrikanischen Ruanda gehört. Aber wir haben noch nie alle diese Greuelthaten auf einmal täglich im Fernsehen auf unseren Bildschirmen mitverfolgt. Diese Grausamkeiten spielen sich jeden Tag vor unseren Augen ab. Wir haben sol-

che Szenen noch nie Tag für Tag gesehen: Von Häusern, die über den Köpfen ihrer Bewohner zum Einsturz gebracht werden. Von einem unter den Trümmern herausgezogenen überlebenden Kind, dessen ganze Familie getötet wurde. Wir haben nie zuvor Menschen gesehen, denen absichtlich Nahrung und Wasser verweigert wird, Kinder, die verhungern und getötet werden, wenn sie eilig nach Nahrung suchen. Wir haben noch nie zuvor gesehen, dass alle Lebensgrundlagen systematisch zerstört wurden: Krankenhäuser, Kliniken, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, alte Denkmäler, Moscheen, Kirchen, Universitäten, Friedhöfe, Bäckereien, Wohnhäuser, Geschäfte, Wasservorkommen und alle anderen Lebensgrundlagen werden zerstört. Noch nie haben wir Verbrecher mit ihren blutbefleckten Händen gesehen, die sich als Opfer ausgeben.

Wir haben noch nie so eine Welle der Menschlichkeit gesehen, Menschen guten Willens auf den Straßen der Welt, von Chile bis Neuseeland und London, New York, Paris und sogar in Berlin, die vergeblich ein Ende dieses Gemetzels forderten. Wir haben noch nie erlebt, dass trotz all dieses

offen zugänglichen Wissens darüber, trotz Meinungsfreiheit die Stimme der Opfer zum Schweigen gebracht, verleugnet, verurteilt und verunglimpft wird. Wir sehen, wie einige westliche Länder den Verbrechern offen helfen, sie unterstützen, ihnen Bomben zum Töten liefern und sich mehrfach weigern, bei den Vereinten Nationen für ein Ende des Gemetzels zu stimmen.

Die einzige westliche Mission besteht darin, 150 israelische Geiseln zu befreien, die in Gaza festgehalten werden. Hat Ihnen jemand von den anderen Geiseln erzählt? Ihre Zahl ist viel größer, und sie befinden sich viel länger in Gefangenschaft. Es sind die Palästinenser, die seit 76 Jahren als Geiseln gehalten werden. Im Jahr 1948 wurden sie von Israel mit Dutzenden Massakern aus ihren Häusern in 247 Städten und Dörfern in Südpalästina vertrieben. Das sind 2,3 Millionen Flüchtlinge, eingepfercht in Konzentrationslager, die Gazastreifen heißen. Dessen Fläche beträgt 365 Quadratkilometer, das sind 1,3 Prozent von Palästina. Sie wurden nicht nur in den letzten 120 Tagen täglich grau-

■ Fortsetzung auf Seite 7

ANZEIGE

Vittorio Arrigoni, Paola Canarutto, Giorgio Forti u.a.

PALÄSTINA
Die Tragödie eines Volkes

Hardcover
32 x 25 cm, 263 Seiten
ISBN 978-3-88975-156-0
35,00 €

ZAMBON

www.zambon.net

■ Fortsetzung von Seite 6

sam angegriffen, wie Sie sehen, sondern sie sind seit 1948 bereits 27.000 Tage lang ständig angegriffen und getötet worden, besonders in den Jahren 1953, 1956, 1967 und 1971, 1987. Und dann werden sie seit 2006 von Israel belagert und blockiert. Zu Lande, aus der Luft und vom Meer her wurden ihre Versorgung und ihre Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Im Oktober 2023 durchbrachen Dutzende von jungen Männern den Stacheldraht in Richtung ihrer Heimat. Israel antwortete mit einem Krieg, Tod und Zerstörung.

Sie nennen es Selbstverteidigung. Selbstverteidigung? Aber mal ehrlich, wer war der Verteidiger seiner Heimat, und wer war der fremde Eindringling? Die Landkarte Palästinas bei der Invasion klärt darüber auf (hier und an weiteren Stellen verweist Abu Sitta auf Karten, Grafiken und Bilder, die während seines Vortrags eingeblendet wurden, jw). Sie können sehen, dass die zionistische Invasion Palästinas im April 1948 von einer zionistischen europäischen Armee mit 120.000 Soldaten in neun Brigaden begann, die 38 militärische Operationen durchführten, um Palästina zu erobern. Sie griffen alle roten Gebiete an, die Sie auf der Karte sehen, und besetzten sie. Sie entvölkerten die auf der Karte blau markierten Dörfer, 220 an der Zahl. Innerhalb von sechs Wochen hat die zionistische Armee diese 220 Dörfer sowie elf Städte von insgesamt 530 Dörfern und Städten angegriffen und entvölkert. Und sie verübte in diesem Zeitraum 22 der 50 Massaker, die insgesamt während der Nakba stattfanden. Die Massaker wurden als Waffe im Rahmen der ethnischen Säuberung eingesetzt. Heute werden sie als Völkermord bezeichnet. 1948 hatte der zionistische Angriff unter dem wachsenden Auge der britischen Mandatsmacht stattgefunden, noch bevor ein Staat namens Israel gegründet wurde. Zu diesem Zeitpunkt gab es so etwas wie Israel noch gar nicht. Und bevor ein einziger regulärer arabischer Soldat Palästina betrat, hatte die Nachricht von den Massakern bereits die arabische Welt entflammt. Sie kamen, um zu helfen, aber es war zu spät, zuwenig. Schließlich kontrollierten die Zionisten nicht mehr sechs Prozent von Palästina, wie unter den Briten, sondern nach ihrer Invasion waren es 78 Prozent. Nun besetzt Israel natürlich ganz Palästina.

Kein einziger Hektar dieses Landes wurde auf legalem Wege und unter Einhaltung des Völkerrechts erworben. Dies ist eine Nakba (arabisch für Katastrophe – gemeint ist die Vertreibung und Flucht von 700.000 Palästinensern rund um die Staatsgründung Israels 1948, jw). Auf dieser Karte sehen Sie, wo wir lebten. Und auf der zweiten, wo die Invasion Israels stattfand. Palästina wurde leer und entvölkert. Die Menschen wurden zu Flüchtlingen. Heute gibt es neun Millionen palästinensische Flüchtlinge. Ihre Häuser sind von Israelis besetzt. Kein einziger israelischer Besetzer ihrer Häuser hat einen Rechtstitel. 94 Prozent des Bodens in Israel ist palästinensisches Eigentum. Seit 76 Jahren haben die Palästinenser niemals aufgehört, ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat einzufordern.

Die UN-Resolution Nr. 194, die das Recht auf Rückkehr bekräftigt, wurde von den Vereinten Nationen mehr als 130mal bestätigt – die am längsten währende Resolution in der Geschichte. Deshalb wurde sie Teil der Konvention und des Völkerrechts. Das Rückkehrrecht ist im Völkerrecht verankert. Soll ich Ihnen mehr über diese Konventionen berichten? Über die Genfer Konvention Artikel vier; die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13; das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Artikel sieben und acht; das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, Artikel fünf und acht; und viele, viele andere.

Diese kurze Geschichte wirft die Frage auf: warum? Warum dürfen die Palästinenser immer noch nicht zurückkehren? Weil der ursprüngliche Urheber des Verbrechens und seine Kohorten weitermachen. Auch heute noch. Es sind die Länder, die kürzlich gegen die Waffenstillstandsresolution gestimmt haben. Sie beliefern Israel mit Bomben zum Töten. Das ursprüngliche Verbrechen dauert also seit 27.000 Tagen an. Aber die Palästinenser sind trotzig und entschlossen. Sie haben nicht die Absicht, auf ihr Rückkehrrecht zu verzichten. Und sie wollen nicht für immer Flüchtlinge bleiben. Für immer. Wir haben also eine Pflicht. Sie haben eine Pflicht. Wir haben die Pflicht, die Rückkehr zu planen. Zuerst müssen wir sehen, wer und wo die Flüchtlinge sind. Diese Karte zeigt, wo sich die Flüchtlinge heute befinden. Wir wissen, wo sie sind. Wir wissen, woher sie kommen. Wir kennen ihre Namen. Wir wissen alles über sie. Als nächstes sehen wir, wer heute ihr Land in Israel besetzt hält. Wir haben eine detaillierte Studie gemacht. Dorf für Dorf. Stadt für Stadt. Wir wollten herausfinden, wie viele Juden in den palästinensischen Gebieten leben, und kamen dabei zu einem verblüffenden Ergebnis. Wir fanden heraus, dass es in 272 Dörfern nur sehr wenige Juden gibt, insgesamt weniger als 5.000. Und das zeigen wir auf dieser Folie. Diese Gebiete, in denen es keine Juden gibt, praktisch keine Juden, sind grün dargestellt. Der Bezirk Beersheba, zum Beispiel, ist praktisch leer, abgesehen von wiederbesiedelten palästinensischen Städten. Jüdisches Land, wo die Juden während der Mandatszeit lebten, ist blau dargestellt, Städte – gemischt besiedelt oder nicht – sind braun dargestellt. Anders als bei den Dörfern war die israelische Zerstörung der Städte auf die Altstadtbezirke beschränkt. Und daher ist das Gebiet der palästinensischen Dörfer praktisch leer – hier mit roten Punkten dargestellt. Wenn wir also die palästinensischen Dörfer durch die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Häuser wieder bevölkern, werden wir auf kein nennenswertes Problem der Vertreibung von Juden stoßen, insbesondere in Galiläa, dem Kleinen Dreieck und Beersheba. Dort gibt es bereits eine beträchtliche palästinensische Bevölkerung, die bereit ist, Kinder und Verwandte aufzunehmen. Dann fragen wir: Wo sind denn die Juden heute? Wo sind sie angesiedelt? Im allgemeinen lebten Juden im Jahr 2020 in 924 aufgelisteten Orten mit einer Gesamtbevölkerung von fünfeinhalb Millionen. Sie liegen innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949. Aber das kann irreführend sein, denn nur 14 dieser Orte haben mehr als 100.000 Einwohner. Zwölf haben eine Bevölkerung zwischen 50.000 und 100.000. Und 29 Orte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern.

Das bedeutet, dass 87 Prozent der Juden in 55 Orten leben. Oder anders ausgedrückt: in fünf Prozent aller Ortschaften, die auf israelischen Karten verzeichnet sind – nur fünf Prozent! Daher beträgt das Gebiet, das heute von Juden in Israel belegt wird, 1.400 Quadratkilometer. Ich wiederhole noch einmal, 87 Prozent der Juden in Israel leben auf 1.400 Quadratkilometern Israels, das sind sechs Prozent, und der Rest des Landes ist praktisch leer. Die verbleibenden Siedlungen der Israelis sind sehr klein, es sind Kibbuzim und Moschawim. Sie wurden dort zusammen mit der Armee zu dem einzigen Zweck plazierte, den Palästinensern die Rückkehr in ihre Häuser zu verwehren. Die Schlussfolgerung ist also offensichtlich. Die geographische und demographische Schlussfolgerung ist offensichtlich. Die Rückkehr ist machbar. Und natürlich ist sie absolut legal, und für die Palästinenser ist sie heilig und unvermeidlich.

Wenn das so ist, sollten wir den Weg zur Rückkehr planen. Beginnen wir mit

dem Lager von Al-Bus, wo die Flüchtlinge im Libanon leben. Ich habe Ihnen dies als Beispiel gegeben. Diese animierte Folie zeigt Ihnen die Rückkehrroute der Flüchtlinge aus dem Lager Al-Bus – Sie zeigt die ursprünglichen Dörfer der Flüchtlinge, die jetzt in diesem Lager leben, woher sie kommen. Sie zeigt auch, dass man nur fünf Kilometer zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen muss, um Palästina zu erreichen. Wir können diese Übung für andere Flüchtlingslager im Libanon, in Syrien, Jordanien, Gaza und der Westbank wiederholen. In allen Fällen dauert die Rückkehr nach Hause nicht länger als 45 Minuten. Wenn die Flüchtlinge nun zu Hause ankommen, finden sie nur noch die Trümmer ihrer zerstörten Häuser vor. Aber diese Trümmer sind von Bäumen bedeckt, die der Jüdische Nationalfonds gepflanzt hat. Wie Sie wissen, hat sich der Jüdische Nationalfonds am Krieg von 1948 beteiligt und war sogar ein aktiver Partner beim Bevölkerungstransfer und bei der Zerstörung der Dörfer. Es ist eine Ironie, dass der Jüdische Nationalfonds heute in vielen westlichen Ländern als Wohltätigkeitsorganisation angesehen wird. Das Verbrechen wird also in eine Wohltätigkeitsorganisation umgewandelt.

Jetzt fragen wir uns, was wir als nächstes tun müssen. Die nächste Aufgabe besteht natürlich darin, die von Israel zerstörten Häuser nach der Rückkehr der Flüchtlinge wieder aufzubauen. Beginnen wir mit einem Dorf, mit Al-Kastal. Jetzt müssen wir jeweils Al-Kastal auf dieser Folge von Dias ausfindig machen. Wir wissen alles über Al-Kastal zu verschiedenen Zeitpunkten, bis das Dorf am Ende zerstört war. Nun sollten wir Al-Kastal neu aufbauen, aber an seinem alten Ort. Diese Aufgabe wurde von einem jungen Architekten namens Jazan Nasrallah übernommen, dessen Familie aus Al-Kastal stammt. Er hat Pläne gezeichnet, um das Haus seines Großvaters wiederaufzubauen. Er hat dafür den ersten Preis für den Entwurf des neuen Hauses in unserem jährlichen Wettbewerb für den Wiederaufbau zerstörter palästinensischer Dörfer gewonnen. Dieser Wettbewerb findet nun schon zum achten Mal statt. Bisher haben 270 junge palästinensische Architekten Preise für Entwürfe für den Wiederaufbau dieser zerstörten Dörfer gewonnen. Bisher haben wir die Wiederaufbaupläne für 60 zerstörte Dörfer fertiggestellt. Die Zukunft Palästinas ist also vielversprechend.

Wir kommen jetzt zu einem Fall, der sehr gut bekannt ist: Gaza. Gaza, das trotzige, das Stalingrad Palästinas, das größte Konzentrationslager auf der Erde, die Heimat des hartnäckigen Widerstands. Sein Boden ist mit dem Blut von Kindern getränkt. Diese 214 Bilder erzählen von den jungen Menschen, die sich nach Hause zurücksehnen. Sie wünschen sich, aus dem Konzentrationslager auszubrechen und nach Hause zurückzukehren. Im Konzentrationslager leben 8.000 Menschen pro Quadratkilometer, und ihre Häuser sind von Siedlern besetzt, bei denen nur sieben Personen auf einem Quadratkilometer leben. Das ist der Grund, warum einige von ihnen am 7. Oktober den Zaun durchbrachen, um heimzukehren.

Ihr Land ist immer noch leer, wie Sie auf diesen Bildern sehen können. Bis heute wurden 110.000 Palästinenser in Gaza getötet oder verletzt. Sie haben mit ihrem Blut für ihr Recht auf Heimkehr bezahlt. Und wir fragen: Wer hindert sie daran, nach Hause zurückzukehren? Wer okkupiert ihr Land? Auf dieser Folie sehen Sie die Anzahl der Siedler auf ihrem Land. Sie befinden sich in 212 Siedlungen oder Kibbuzim. Aber ihre Bevölkerung, die Gesamtzahl der Siedler im südlichen Distrikt beträgt nur 150.000. Das ist weniger als in einem Flüchtlingslager in Gaza. Da haben wir es also: 150.000 Siedler auf dem Land von zwei Millionen Palästinensern, die jetzt als Flüchtlinge im Gazastreifen eingepfercht sind. Und es ist erstaunlich,

dass diese Situation, diese Verletzung von Menschenrechten vielen Menschen im Westen, in Europa nicht bekannt ist. Was für eine Travestie der Gerechtigkeit.

Nun will das israelische Militär die Palästinenser erneut aus Gaza vertreiben, in neue Flüchtlingslager fern ihrer Heimat, es will sie rauswerfen ohne Wiederkehr, in die Sinaiwüste. Das wird niemals geschehen. Aber wenn Sie an Menschlichkeit glauben, wenn Sie an Gerechtigkeit glauben, müssen Sie eine legale und gerechte Lösung suchen. Und ich frage Sie, sollen die Palästinenser Flüchtlinge in Lagern bleiben, oder sollen sie nach Hause zurückkehren? Die Antwort liegt für mich auf der Hand. Die Siedler im Land der Palästinenser könnten entweder einen Platz im Land der Palästinenser mieten und dort friedlich leben oder in jüdische Gebiete um Tel Aviv ziehen. Nun, das sind mögliche und friedliche Antworten auf die Frage der vertriebenen Palästinenser. Wir haben diese Übung gemacht, um zu sehen, ob es realisierbar wäre, wenn diese Siedler beschließen, nach Tel Aviv zu ziehen und das Gebiet der palästinensischen Flüchtlinge aus Gaza zu räumen. Ist es möglich? Wir haben das untersucht. Und auf diesen Folien zeigen wir Ihnen, wie es gemacht werden kann. Wir teilen die Siedler in neun Konvois auf, die in Bussen, Autos oder mit Fahrrädern fahren können. Die Siedler werden nur 45 Minuten brauchen, um Tel Aviv zu erreichen. Aber wenn sie das tun, wenn sie das Land der palästinensischen Flüchtlinge räumen, wird das zwei Millionen palästinensischen Flüchtlingen aus 247 Dörfern die Möglichkeit geben, friedlich nach Hause zurückzukehren.

Endlich, nach 76 Jahren des Wartens, würde Gerechtigkeit hergestellt, die Bestand hat, so wie es sein sollte. Aber all das erfordert die Umsetzung eines Kardinalprinzips. Dieser Grundsatz ist unverzichtbar, einfach nicht verhandelbar und unumgänglich. Das ist die Abschaffung des Zionismus und aller seiner Komponenten: Kriegsverbrechen, Enteignung, Rassismus, Besatzung, Apartheid, Diskriminierung und Völkermord.

Lassen Sie mich Ihnen etwas sagen, an das ich mein ganzes Leben lang geglaubt habe. Ich habe den Glauben, den unerschütterlichen Glauben, dass der Marsch der Gerechtigkeit sein Ziel erreichen wird. Ich glaube daran, dass dieses Kind nach Hause zurückkehren wird, trotz aller überwältigenden Gewalt gegen das wehrlose palästinensische Volk und trotz des beispiellosen Völkermords, den Israel in Zusammenarbeit mit kolonialen Regierungen vor den Augen der schweigenden Welt täglich auf grausame Weise begeht. Ich glaube, die Zukunft gehört der Gerechtigkeit in Palästina. Aber Sie, jeder einzelne von Ihnen hat eine Pflicht. In Ihrem eigenen Haus. Bringen Sie Ihren Kindern bei, dass Palästina ihre Heimat und ihr Leben ist und immer sein wird. Sprechen Sie Tag und Nacht für Palästina. Hören Sie niemals auf. Lassen Sie sich in Ihrem deutschen Leben nicht einschüchtern. Sagen Sie Ihrer deutschen Regierung, dass sie das Richtige tun soll. Sagen Sie ihr, dass Palästina nicht will, dass Sie Israel Atom-U-Boote geben. Und Palästina will nicht, dass Sie Israel Milliarden von Euro für Massenvernichtungswaffen geben. Palästina will gar nicht, dass Sie für das Land eintreten, sondern nur, dass Sie aufhören, sich dagegen zu wenden. Palästina will nicht, dass Sie schweigen, Palästina will nicht, dass Sie Tod und Zerstörung schicken. Beenden Sie Ihre Unterstützung dafür.

Das ist das mindeste, das Deutschland aufgrund seiner Geschichte tun könnte. Verbreiten Sie die Wahrheit über Palästina. Die Wahrheit? Wer hat Angst vor der Wahrheit? Nur die Schuldigen. Nur der Verbrecher hat Angst vor der Wahrheit. Palästina muss frei sein, vom Fluss bis zum Meer. Ich danke Ihnen sehr.

Salman Abu Sitta wurde 1937 in Ma'in Abu Sitta im Bezirk Beersheba im Mandatsgebiet Palästina geboren. Im Zuge der Nakba wurde er 1948 von dort vertrieben. Von Beruf Ingenieur, ist er vor allem für seine kartographischen Arbeiten über Palästina und seine Arbeit über das Rückkehrrecht der Palästinenser bekannt. Er ist Autor mehrerer Bücher und Hunderter Artikel und Abhandlungen, darunter »The Atlas of Palestine, 1917–1966« (2010). Er ist Gründer und Präsident der Palestine Land Society. Bereits vor dem Palästina-Kongress war der Wissenschaftler und Autor als »Stardredner der Israel-Hasser in Berlin« (Die Welt) diffamiert worden. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hatte ein Einreiseverbot für Abu Sitta gefordert. Bei der Auftaktveranstaltung des Kongresses am 12. April stürmte die Polizei während der Videoübertragung von Abu Sittas Vortrag die Bühne und schaltete den Strom im ganzen Gebäude ab. Begründet wurde dieses Vorgehen mit einem politischen Betätigungsverbot für den Wissenschaftler in Deutschland. Anschließend wurde der gesamte Kongress verboten.

Übersetzung aus der englischsprachigen Videoaufzeichnung: jw

»Ist Deutschland mitschuldig an einem Völkermord in Gaza?«

Die Debatte, ob es sich in Gaza um einen Genozid handelt, lenkt von der Frage ab, wie ein solcher verhindert werden kann. **Von Noura Erakat**

Noura Erakat ist Menschenrechtsanwältin und außerordentliche Professorin an der Rutgers University, New Brunswick, in der Abteilung für Africana Studies und im Programm für Strafjustiz. Sie ist Mitbegründerin und Redakteurin des Onlinemagazins Jadaliyya zum Nahen Osten.

Vielen Dank an alle Teilnehmer und Organisatoren dieser Konferenz, die großartige Arbeit leisten – vor allem im Hinblick auf die Einschüchterung der palästinensolidarischen Bewegung. Ich fühle mich geehrt, unter Ihnen zu sein.

Was die Frage des Völkermords betrifft, möchte ich im folgenden einiges klarstellen: »Genozid« wurde 1948 mit einem Rechtsvertrag – der sogenannten Völkermordkonvention – verboten. Dieser stellt fest, dass der Vorsatz zum Völkermord aus zwei Teilen besteht: dem spezifischen, ein Volk aufgrund seiner Rasse, Ethnie, Nation oder Religion ganz oder teilweise zu vernichten, und den jeweiligen Handlungen, die diesen Vorsatz erfüllen sollen. Hierzu gehören Massentötungen, die Schaffung von Bedingungen, die zur Zerstörung eines Volkes im Ganzen oder in Teilen führen sowie die Verhinderung von Geburten und die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und der Würde. All diese Dinge ergeben zusammen, was man allgemein mit »Völkermord« bezeichnet.

In Bezug auf die Konvention von 1948 sollte man sich den Zeitpunkt vor Augen führen, als sie geschrieben wurde. Sie beschreibt ein Phänomen, das jeder Gruppe von Menschen passieren kann. Aber der Text wird vor allem mit dem Völkermord der Nazis an den europäischen Juden assoziiert. Dieses historische Ereignis hat den Völkermord als Verbrechen in einer Weise kanonisiert, die ihn eher zu einer Abweichung von als zu einem Merkmal der europäischen Kolonialkriege machte.

Das hat dazu geführt, dass Europa in gewisser Weise von einem Großteil der begangenen Verbrechen auf der ganzen Welt entlastet und freigesprochen wird.

Das umfasst unter anderem den transatlantischen Sklavenhandel und den Völkermord an indigenen Völkern in den Siedlerkolonien – von den USA über Kanada bis Neuseeland und Australien – sowie die Völkermorde im Nahen und Mittleren Osten. Diese Kritik haben viele post- und anticoloniale Denker vorgebracht. Der aus Martinique stammende Autor Aimé Césaire stellte einst heraus, dass Adolf Hitler den Völkermord als besondere Art der Gewalt gelernt und später perfektioniert hat, indem er dieses Verbrechen in den deutschen und anderen europäischen Kolonien studierte.

Durch das Verbrechen des Völkermords soll der Siedlerzivilisation ihre neue Identität geschmiedet und Reichtum angehäuft werden. Césaire bezeichnet das als »Boomerang Effect«. Der Völkermord wurde nicht innerhalb von Europa, sondern in der kolonialen Peripherie geboren. Er richtete sich zunächst gegen braune und schwarze Menschen, wird aber nicht als Verbrechen angesehen. Das geschieht erst, wenn er innerhalb Europas stattfindet.

Angeht die Tatsache, dass im vergangenen halben Jahr allein 14.000 palästinensische Kinder getötet wurden, könnte diese Tatsache momentan nicht anschaulicher sein. Über diese toten Kinder gibt es keine moralische Empörung. Dazu braucht es erst die Tötung von sieben humanitären Mitarbeitern ausländischer Nationen durch die israelische Armee. Ganz so, als ob all die Angriffe, das Filmmaterial, die Zeugenaussagen nicht ausreichen würden, um zu beweisen, dass Israel Palästinenser als solche ins Visier nimmt. Die Gewalt wird erst zum Problem, wenn sie sich gegen Personen außerhalb des globalen Südens richtet. Das sollte man, auch im Hinblick auf die Grenzen der Völkermordkonvention, im Hinterkopf behalten.

Daneben gibt es im europäischen Bewusstsein noch ein zweites Problem. Anstatt Völkermorde nach den in der Konvention dargelegten Punkten zu charakterisieren, muss ein Völkermord in gewisser Weise analog zum Genozid der Nazis sein, um als solcher wahrgenommen zu werden. Das ist grundfalsch und eine fehlerhafte Form juristischer Logik. Viele Leute haben aggressiv behauptet, dass es sich im Gazastreifen nicht um einen Völkermord handeln könne, weil »nicht genügend Menschen getötet worden seien«. Nun, 35.000 getötete Palästinenser in sechs Monaten, der gesamte Gazastreifen zerstört, nur eine einzige noch stehende Stadt, verhungerte Menschen, eine überwältigende Anzahl von Menschen, die nicht einmal Toiletten benutzen können, was aufgrund mangelnder Hygiene zu vermeidbaren Krankheiten führt – all diese Bedingungen sind eindeutig geschaffen worden, um ein Volk ganz oder teilweise zu vernichten; in diesem Fall

»teilweise«, da die Palästinenser in Gaza Teil eines größeren palästinensischen Volkes sind.

Und doch wird behauptet: »35.000 sind nichts im Vergleich zu den sechs Millionen Juden.« Das ist eine Beleidigung, juristisch inakkurat und widerspricht der Rechtsprechung. Nach dem Genozid in Ruanda 1994 wurde festgehalten, dass die Schaffung von Bedingungen, die zur Vernichtung eines Volkes führen, dem Tatbestand des Völkermords gleichkommt. Außerdem ist auch die Aufstachelung zum Völkermord ein Verstoß gegen die Konvention. Die Völkermordkonvention ist auch nicht dazu gedacht, das Verbrechen des Genozids zu bestrafen. Sie ist dazu gedacht, Völkermord zu verhindern. Selbst wenn also »noch nicht genug Menschen« getötet wurden, ist die Idee nicht, zu warten, bis wir »die richtige Zahl« erreichen, sondern: eine noch höhere Zahl zu verhindern! Alles andere verfehlt den Sinn und die Verpflichtungen dieses Vertrags.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass die Konvention buchstäblich im Schatten der palästinensischen Nakba (»Katastrophe« der Palästinenser im Zuge der israelischen Staatsgründung, jW) verabschiedet wurde und diese in einer Weise normalisiert, dass dieses ursprüngliche Verbrechen in Palästina als Völkermord anerkannt werden kann – letztlich verhindert sie diese Anerkennung sogar explizit. Erstens, weil die Palästinenser, denen ihre Selbstbestimmung genommen wurde, die Völkermordkonvention nicht unterzeichnen können. Und zweitens, weil genau das Land und die paramilitärischen Kräfte, die der Gründung dieses Landes vorausgingen, das zur Rechenschaft gezogen werden sollte, als »westliche Wiedergutmachung« für den Völkermord an den europäischen Juden angesehen wird und daher unmöglich als das erste im Sinne der Konvention angeklagte Land akzeptiert werden kann.

Wir wussten bereits in der ersten Woche nach dem 7. Oktober, was folgen würde. Allein in dieser ersten Woche wurden 6.000 Bomben über dem Gazastreifen abgeworfen. Joaw Gallant (Verteidigungsminister, jW) und Isaac Herzog (Staatspräsident, jW) haben ihre Absichten offen mitgeteilt. Alle Zitate, die von der südafrikanischen Rechtsabteilung in der Völkermordklage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) angeführt wurden, stammen aus eben jener Woche. Die südafrikanischen Vertreter zeigten eine Karte, auf der die Intention zu erkennen war, 1,1 Millionen Palästinenser aus dem Norden des Gazastreifens in den Süden zu transferieren. Aufgrund unserer Unfähigkeit zu erkennen, was dort vor sich geht, sind nun sechs Monate vergangen, ohne dass sich etwas geändert hat. Monate nach der IGH-Entscheidung werden wir immer noch durch diese Völ-

kermorddiskussionen abgelenkt. Als ob die israelische Offensive – wie man uns weismachen will – in irgendeiner Weise »legitim« sei.

Schande über uns alle. Wir sollten uns schämen, nicht zu erkennen, dass das, was den Palästinensern widerfährt, ein Völkermord ist. Dass wir nicht in der Lage sind, ihnen zu helfen. Aufgrund des antipalästinensischen Rassismus, der dieses Leid »erträglich« zu machen scheint. Wir alle sollten uns schämen, dass wir auch nur daran denken, diese Formen der Kriegführung – die, offen gesagt, dem Zweiten Weltkrieg vorausginge und ihn kennzeichneten; gegen die nicht nur die Völkermordkonvention, sondern auch das Kriegsvölkerrecht erlassen wurde – als »rechtfertigbar« zu erachten. Und jetzt soll kein einziges dieser Gesetze anwendbar sein?

Es gibt Mitglieder des US-Kongresses, die meinen, dies alles sei noch nicht genug! Es gibt solche, die eine Atombombe auf ein wehrloses Volk abwerfen wollen, das nicht einmal einen Flughafen hat, oder irgendeine andere Möglichkeit, erneut zu flüchten. All das, um zu »lösen«, was für den globalen Norden schlicht als »Problem« gesehen wird: unsere Existenz. Hier geht es also nicht um Recht. Es handelt sich um das fortbestehende koloniale Erbe, das uns weiterhin prägt, und um einen tief verwurzelten Rassismus, der nicht überwunden wurde.

Die Debatte, ob es sich um einen Völkermord handelt, ist in erster Linie zu einer Ablenkung geworden. Wir sollten endlich damit aufhören. Denn wenn man es nicht Völkermord nennen will, dann muss man es eben anders nennen. Auch wenn man es lediglich »Krieg« nennen möchte: Man muss zumindest erkennen, dass diese Kriegführung, zu der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit gehören, schlicht inakzeptabel ist. Selbst wenn man den Palästinensern sogar die Schuld an ihrem eigenen Tod geben wollte: An irgendeinem Punkt muss man einsehen, dass die israelische Armee entweder unfähig oder unethisch ist und zurückgepfiffen werden muss.

ANZEIGE

Vier Bücher erklären den historischen Verlauf + das Ziel der schlimmsten Dinge, die in Palästina durch Hamas + Israel seit langem + täglich weiterhin geschehen. Ein Buch beschreibt, wie das Wort „Antisemitismus“ zu Verleumdungen in Deutschland genutzt wird.

Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas (bis zur Staatsgründung Israels 1948)

ISBN 9783864892585, 413 S., 24,00 €

Nurit Peled-Elhanan: Palästina in israelischen Schulbüchern (ab Staatsgründung)

ISBN 9783981891676, 289 S., 29,90 €

Ulrich Duchrow: Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel – Band 2

ISBN 9783982553818, mit 4 Kairos-Heften, 258 S., 24,00 €

Ulrich Duchrow: Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel –

Jenseits von Luthers Feindbildern – Band 1

ISBN 9783981891621, 241 S., 19,90 €

Karin Wetterau: Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne

ISBN 9783849817015, 141 S., 18,00 €

Wer 1 Buch bestellt, erhält ein Sonderangebot für weitere Exemplare

Bestellen per 0 62 32-2 89 00 98 oder Mail verlag@stiftung-hirschler.de oder in Ihrer Buchhandlung; aber nicht bei Amazon.

Kontoinhaber: Verlag 8. Mai GmbH
IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55
Stichwort: Prozesskosten

Spende für den jW-Prozesskosten-Fonds!

junge Welt wehrt sich gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz

jungewelt.de/keinmarxistillegal



Demonstration für ein Ende deutscher Waffenlieferungen an Israel (Berlin, 20.4.2024)

IMAGO/MIDDLE EAST IMAGES

Doch sollte man noch nicht einmal in der Lage sein, das einzusehen, dann muss man sich dieses Volkes doch zumindest erbarmen.

Die eigentliche Frage ist nicht, wie das, was dort geschieht, genannt werden sollte, sondern ob wir zulassen können, dass es weitergeht. Selbst wenn man auf den Völkermordvorwurf verzichtet, muss die israelische Armee dazu gezwungen werden, aufzuhören! Es handelt sich um eine unfähige Armee, die nicht einmal vernünftige Tik-Tok-Videos drehen kann. Diesen Soldaten erlaubt man, sich mit geplünderten Frauenunterwäsche zu verkleiden, Moscheen als »Geburtstags- und Verlobungsgeschenke« in die Luft zu jagen, wie selbstverständlich zu foltern, mit Bulldozern Leichen aufzusammeln, während Lieder gesummt werden, und auf Kinder zu schießen, als wären sie Vögel. Für wen ist das nicht erschreckend? Was spielt es für eine Rolle, welchen Namen man diesen Verbrechen gibt?

Aber die IGH-Entscheidung hat einen Effekt. Wenn Juristen nicht ausreichen, wenn Sonderberichterstatter nicht ausreichen, wenn Experten nicht ausreichen, wenn Völkermordforscher nicht ausreichen, wenn die Palästinenser selbst nicht ausreichen, dann sollte doch der IGH ausreichen, der sowohl die Plausibilität des Schutzes der Palästinenser vor Völkermord als auch die Plausibilität der Klage Südafrikas feststellte. Das Ziel der Völkermordkonvention ist, wie oben bereits angemerkt, einen Völkermord zu verhindern – und nicht: das Verbrechen des Genozids nachträglich zu bestrafen. Die Länder, die ein solches Verbrechen unterstützen, müssen dazu gebracht werden, sich an die Konvention zu halten. Das hat zum Teil funktioniert. Mehrere Staaten haben Waffenlieferungen ausgesetzt, ihre diplomatischen Beziehungen beendet und

Folgeklagen eingereicht. Die Entscheidung des IGH unterstützt also Menschen, sich für den Waffenstillstand einzusetzen, den wir brauchen. Südafrika hat das höchste Gericht der Welt dazu gebracht festzustellen, dass es sich hier nicht bloß um eine »Diskussion« handelt. Es gibt genügend Hinweise, die darauf hindeuten, dass es sich um Völkermord handelt. Also muss er verhindert werden!

Die Entscheidung des IGH hat noch eine zweite Folge: Sie trägt dazu bei, den sich ausweitenden Bruch zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zu kristallisieren. Das war anschaulich, als Deutschland die Rechtsprechung des IGH und seine Feststellungen ablehnte. Ein inzwischen verstorbener namibischer Präsident erklärte einmal, dass Deutschland nicht in der Lage ist, festzustellen, was einen Völkermord darstellt und was nicht, wenn es noch nicht einmal denjenigen an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 gesühnt hat. Früher wie heute sind Deutschland und andere ehemalige Kolonialmächte, die völkermörderische Kriege gegen schwarze und braune Menschen geführt haben, ungeeignet festzustellen, was moralisch, gerecht, oder ethisch ist. Das alles hat der von Südafrika angestoßene Fall in den Vordergrund gerückt.

Die Kontextualisierung des laufenden Feldzugs gegen die Palästinenser im Gazastreifen muss in Verbindung mit dem Siedlerkolonialismus verstanden werden. Dies führt uns zu den Konzepten von »langsamer« versus »schneller«, »heißer« versus »kälter« Gewalt: slow violence, fast violence, hot violence, cold violence. Diese Kontextualisierung bringt zum Vorschein, dass die Entfernung und die Eliminierung des einheimischen Volkes eine konstitutive Form der Gewalt und Strategie in der zionistischen territorialen

Konsolidierung und völkermörderischen Expansion ist. Diese Eliminierung findet statt durch die Verhinderung von Geburten, die Tötung von Menschen durch Massaker, die erzwungene Assimilation nicht nur in die israelische sondern auch in andere arabische Gesellschaften. Die palästinensische nationale Identität wird

bariah unter Berufung auf Fayez Sayegh.

Wenn Apartheid auf rassische Vorherrschaft ausgerichtet ist und Völkermord auf Zerstörung, dann ist die Nakba auf die Unterdrückung der Selbstbestimmung ausgerichtet. Die Nakba ist nicht durch ein einzelnes Element gekennzeichnet, sondern zu ihr gehören ethnische Säube-

„ Wir können nur angemessen verstehen, was derzeit geschieht, wenn wir die vergangenen 76 Jahre betrachten.

negiert. All diese Phänomene kommen einem Völkermord gleich.

Wir können nur angemessen verstehen, was derzeit geschieht, wenn wir die vergangenen 76 Jahre betrachten. Wenn man die Geschichte erst am 7. Oktober beginnen lässt, dann dreht sich die Debatte nur noch darum, dass Israel Palästinenser nicht als solche ins Visier nimmt, sondern auf Grund ihrer Taten. Das heißt, dass sie verfolgt werden wegen dem, was sie am 7. Oktober getan haben – und nicht wegen dem, was sie sind: Palästinenser, die durch ihre bloße Existenz die zionistische Siedlerherrschaft bedrohen. Wie kann man also zum Kern der Sache vordringen, wenn man diesen Kontext nicht kennt?

Hier ist die Nakba, theoretisiert als zentrales internationales Verbrechen, dessen konstitutives Element die Aneignung des Selbstbestimmungsrechts ist, hervorzuheben – siehe beispielsweise die Arbeiten des Rechtswissenschaftlers Rabea Egh-

nung genauso wie Völkermord und Apartheid. Das müssen wir der Welt vermitteln. Zunächst besteht sie aus »ethnischer Säuberung« und Vertreibung, wird dann durch Apartheid konsolidiert und reguliert, um diese Vorherrschaft aufrechtzuerhalten und die Beseitigung der Indigenen fortzusetzen. Und am Höhepunkt des Scheiterns dieser langwierigen Eliminierung der indigenen Gesellschaft steht der unverhohlene Einsatz völkermörderischer Gewalt mit fortgeschrittenen Waffentechnologien und nicht existierenden »roten Linien«. Unter Beifall von Kolonial-, Siedlerkolonial- und Atommächten, die uns nur als ein »Problem« sehen, das es zu verwalten – und nun: zu beseitigen – gilt.

Diese Staaten sehen uns nicht. Und wir sollten nicht darauf warten, dass sie uns sehen, denn wir sehen uns selbst. Wir sehen uns, wie wir Freiheit und Befreiung fordern.

iW-Übersetzung aus dem Englischen nach dem Videomitschnitt unter <https://kurzlinks.de/Erakatrede>

»Es geht nicht um Auschwitz, sondern um die NATO«

Materielle Interessen hinter der Staatsräson bedingungsloser Israel-Solidarität.

Von Dror Dayan

Dror Dayan ist ein israelischer Filmemacher und Dozent für Medienherstellung. In Westjerusalem geboren, studierte er an der Filmhochschule »Konrad Wolf« in Babelsberg und lebt in Berlin und Liverpool. Er ist aktiv in der Palästina-Solidaritätsbewegung.

Es freut mich sehr, mit euch heute reden zu können, auch wenn das leider nur per Video möglich ist und nicht persönlich, wie geplant. Mein Name ist Dror Dayan, ich bin Filmemacher und Akademiker. Und ich bin auch in der Palästina-Solidaritätsbewegung aktiv, sowohl in Berlin als auch in Großbritannien. Ich wurde darum gebeten, heute darüber zu sprechen, warum Deutschland so eine bedingungslose Unterstützung für den Zionismus betreibt. Dieses Thema ist immer wichtig, aber nach dem, was bei dem Kongress passiert ist, haben wir jetzt eine konkrete und klare Demonstration dafür, wie und in welchem Maß Deutschland den Genozid in Gaza und den Zionismus unterstützt, auch hier im Lande. Es ist wichtig, darüber zu sprechen, warum es so ist.

Eine wichtige Sache möchte ich schon vorwegnehmen: Wir hören oft die Parole »Free Palestine von German Guilt.« Sie ist gut gemeint, aber meiner Meinung nach fehlgeleitet. Ich versuche zu zeigen, warum das eine ideologische Falle ist, und versuche, sie zu durchdringen.

Wir wissen: Zionismus ist Staatsräson. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel schon 2008 vor der Knesset gesagt. Diese Rede gilt manchmal als die Geburtsstunde der jetzigen Diskussion. In dieser Rede ist nichts Neues, aber sie verkörpert viel. Zum 15. Jahrestag dieser Rede sollen wir sie wieder genauer anschauen.

Wir überspringen das peinliche Vorwort auf Hebräisch. Denn in guter deut-

schon, aber es ist vielleicht auch wichtig zu merken, wie der Absatz endet: »Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entscheiden für Sanktionen einsetzen.« Es geht also bei dieser Staatsräson oder mindestens bei dieser Rede nicht um irgendeine abstrakte »Sicherheit«, sondern um konkrete imperialistische Maßnahmen.

Was lernen wir aus dieser Fallstudie? Wir müssen immer diese »Werte« und vor allem »Interessen« untersuchen. Merkel sagt deutlich, die Gefahren für das zionistische Projekt sind auch Gefahren für Europa und »die Welt« – damit meint sie die NATO-Staaten und nicht etwa Kuba oder Venezuela. Es ist kein Geheimnis und keine Verschwörungstheorie, dass Israel, auch wenn es manchmal aus der Reihe tanzt und eigene Ziele verfolgt, immer noch ein Bollwerk des Imperialismus im Nahen Osten ist. Das sollte die Basis für jegliche Analyse des Zionismus sein. Das bedeutet, dass wir solche Fragen, die wir uns an diesem Wochenende stellen – oder stellen wollten, bevor Deutschland es uns mit Gewalt verboten hat –, ständig im Zusammenhang mit der geopolitischen Situation in der Region sehen müssen. Und die vergangenen sechs Monate haben uns auch deutlich gezeigt, dass es eigentlich nur Akteure aus der Region sind, die sowohl den Willen als auch die Möglichkeit haben, den Preis des Genozids für den Zionismus teuer zu machen. Das sehen wir im Jemen, im Iran oder am Widerstand im Südlibanon.

Also müssen wir uns fragen, welche Rolle die Beziehungen zwischen der BRD und dem zionistischen Projekt in der Region spielen. Und weil Imperialismus eben Imperialismus ist, geben uns die wirtschaftlich-militärischen Aspekte dieser Beziehungen, und vor allem die Rüstungsexporte, einen Hinweis dafür. Ich möchte nicht zu detailliert über Rüstungsexporte sprechen, da wir einige sehr gute Genossen haben, die sich damit

schon, aber es ist vielleicht auch wichtig zu merken, wie der Absatz endet: »Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entscheiden für Sanktionen einsetzen.« Es geht also bei dieser Staatsräson oder mindestens bei dieser Rede nicht um irgendeine abstrakte »Sicherheit«, sondern um konkrete imperialistische Maßnahmen.

Und deswegen heißt es ja auch Staatsräson – weil eine Staatsräson fest und unabhängig vom Willen der Bevölkerung ist. Es ist egal, was wir als Staatsbürger Deutschlands wollen, die Staatsräson hat immer Priorität. Und jetzt zum Highlight:

»Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.« Das kennen wir meistens wahrscheinlich

schon, aber es ist vielleicht auch wichtig zu merken, wie der Absatz endet: »Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entscheiden für Sanktionen einsetzen.« Es geht also bei dieser Staatsräson oder mindestens bei dieser Rede nicht um irgendeine abstrakte »Sicherheit«, sondern um konkrete imperialistische Maßnahmen.

Was lernen wir aus dieser Fallstudie? Wir müssen immer diese »Werte« und vor allem »Interessen« untersuchen. Merkel sagt deutlich, die Gefahren für das zionistische Projekt sind auch Gefahren für Europa und »die Welt« – damit meint sie die NATO-Staaten und nicht etwa Kuba oder Venezuela. Es ist kein Geheimnis und keine Verschwörungstheorie, dass Israel, auch wenn es manchmal aus der Reihe tanzt und eigene Ziele verfolgt, immer noch ein Bollwerk des Imperialismus im Nahen Osten ist. Das sollte die Basis für jegliche Analyse des Zionismus sein. Das bedeutet, dass wir solche Fragen, die wir uns an diesem Wochenende stellen – oder stellen wollten, bevor Deutschland es uns mit Gewalt verboten hat –, ständig im Zusammenhang mit der geopolitischen Situation in der Region sehen müssen. Und die vergangenen sechs Monate haben uns auch deutlich gezeigt, dass es eigentlich nur Akteure aus der Region sind, die sowohl den Willen als auch die Möglichkeit haben, den Preis des Genozids für den Zionismus teuer zu machen. Das sehen wir im Jemen, im Iran oder am Widerstand im Südlibanon.

Also müssen wir uns fragen, welche Rolle die Beziehungen zwischen der BRD und dem zionistischen Projekt in der Region spielen. Und weil Imperialismus eben Imperialismus ist, geben uns die wirtschaftlich-militärischen Aspekte dieser Beziehungen, und vor allem die Rüstungsexporte, einen Hinweis dafür. Ich möchte nicht zu detailliert über Rüstungsexporte sprechen, da wir einige sehr gute Genossen haben, die sich damit

schon, aber es ist vielleicht auch wichtig zu merken, wie der Absatz endet: »Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entscheiden für Sanktionen einsetzen.« Es geht also bei dieser Staatsräson oder mindestens bei dieser Rede nicht um irgendeine abstrakte »Sicherheit«, sondern um konkrete imperialistische Maßnahmen.

ANZEIGE

Die Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof gegen den Staat Israel, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

BoD Verlag, 25,00 €
ISBN: 978-3-758375576



Der israelische Historiker Prof. Ilan Pappé, untersucht eine Reihe grundsätzlicher Annahmen, die unter anderem in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitet sind.

BoD Verlag, 20,00 €
ISBN: 978-3-75788-321-8

viel besser auskennen und die darüber berichten können. Die meisten hier wissen wahrscheinlich, dass Deutschland der zweitgrößte Lieferant von Waffen an das zionistische Projekt ist, und dass die Rüstungsexporte sich seit Beginn des Genozids in Gaza fast verzehnfacht haben – also auch sehr relevant für den jetzigen Genozid und Deutschlands Komplizenschaft dabei sind. Aber wie bei allem, worüber wir hier sprechen, fing auch hier die Weltgeschichte nicht am 7. Oktober an, sondern vor Jahrzehnten. Und da will ich über zwei wichtige Aspekte der militärischen Zusammenarbeit und der Exporte sprechen, die stark miteinander verbunden sind. Ich möchte diese kurz unter die Lupe nehmen, da sie ein sehr gutes Beispiel sind für das, was Merkel »gemeinsame Interessen« nennt: Das sind der Verkauf von U-Booten und, noch wichtiger, das israelische Nuklearprogramm.

Im Januar 2022 hat Israel drei »Dakar«-U-Boote von Thyssen-Krupp im Wert von drei Milliarden Euro bestellt, zusätzlich zu drei »Dolphin«-U-Booten, die die BRD in den 90ern an Israel geliefert und zum großen Teil selbst finanziert hat. 2006 kamen noch zwei U-Boote dazu, im Wert von 1,3 Milliarden Euro. Schon allein das ist ein ziemlich großes Geschäft, das uns zeigt, dass es hier mindestens genauso viel um Geld geht wie um die Uniform, die noch im Schrank von Opa hängt. Aber dann müssen wir uns auch die Frage stellen, wozu eine Armee, deren Hauptaktivitäten in der Bombardierung von Kindern aus der Luft oder dem Schikanieren von Arbeitern an Checkpoints besteht, mehrere atomwaffenfähige U-Boote benötigt.

Nuklear-U-Boote sind der dritte und vielleicht wichtigste Teil einer sogenannten »Nuclear Triad« – die Möglichkeit, Atomwaffen vom Boden, aus der Luft und aus dem Meer abzufeuern. Sie bieten die Möglichkeit, sich im Meer zu verstecken, beispielsweise im Persischen Golf, und von dort aus Raketen abzufeuern. Deswegen sind sie auch so wichtig für den sogenannten »Second Strike«, einen nuklearen Schlag nach einem erfolgreichen nuklearen oder anderen großen Angriff auf das eigene Territorium. Die deutschen U-Boote erlauben dem zionistischen Projekt also, fast überall in der Region mit Atomwaffen anzugreifen, was es natürlich schwieriger für ein Land wie Iran macht, beispielsweise auf zionistische Terrorangriffe wie neulich auf das Konsulat in Damaskus zu reagieren.

Aber atomwaffenfähige U-Boote brauchen auch Atomwaffen, und Deutschland hat sehr viel zur Herstellung dieser Waffen beigetragen. Die Zeitung *Die Welt*, sicher keine Freundin der Verdammten dieser Erde, hat 2015 eine Recherche darüber veröffentlicht, wie Deutschland das Atomprogramm Israels mitfinanzierte. Laut dem Bericht finanzierte West-

Kriegshetze to go?

Nicht mit uns!
1.400 Probeabos für den Frieden!

Die Tageszeitung **junge Welt**

2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.
jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-84 • abo@jungewelt.de



Verzweiflung, Hunger und Angst: palästinensische Kinder in Gaza Stadt (27.3.2024)

IMAGO/ZUMA WIRE

deutschland schon 1961 die Anlage in Dimona in der Wüste Naqab, getarnt als Beitrag »zur Entwicklung des Negev« – das ist der zionistische Name der Naqab –, beschlossen durch Ben-Gurion und Adenauer und geführt heimlich und ohne Beteiligung von Bundestag und Kabinett unter dem Decknamen »Aktion Geschäftsfreund«. Das alles erlaubt Deutschland, einen atomschlagfähigen Verbündeten in der Region zu haben, ohne selbst die Verantwortung für den roten Knopf tragen zu müssen. Deutsche U-Boote mit deutschen Waffen, dieses Mal aber ohne deutsche Schuld. Also viel mehr als ein historisches schlechtes Gewissen wegen Opa sehen wir hier geopolitische Interessen – die praktischerweise wieder gemeinsame Interessen sind, wie Merkel sagt.

Heute aber fließen ja die Waffen nicht nur in eine Richtung, da wir jetzt bekanntlich eine »Zeitenwende« erleben und dafür ausgerüstet sein müssen. Der NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine pusht den EU-Imperialismus auf Hochtour. So fließen jetzt drei Milliarden Euro wieder in die andere Richtung, weil die BRD von Israel »Arrow 3« Abwehrraketen kauft, in einem weiteren Ausdruck gemeinsamer Werte und Interessen. Diese Raketen kamen auch bei den letzten

Vergeltungsaktionen Irans zum Einsatz. Dazu erklärte der israelische Kriegsmminister Joaw Gallant während des Deals in Berlin: »Heute sind wir mehr denn je von gemeinsamen Bedrohungen betroffen. Der iranische Fingerabdruck ist überall zu sehen.« Laut Bericht der *Times of Israel* bezieht er sich hier »auf iranische Stellvertreter an Israels Grenzen als auch auf den Verkauf iranischer Drohnen an Russland, mit denen das Schlachtfeld in der Ukraine beschossen wird«. Gemeinsame Feinde, gemeinsame Interessen, gemeinsame Werte. Gallant fügte auch hinzu, dass diese Waffensysteme nur an Staaten verkauft werden, die Israels Interessen vertreten. Boris Pistorius sagte dazu: »Wir würden »Arrow 3« gerne in den umfassenden Verteidigungsschild der NATO einbinden, damit unsere Nachbarn davon profitieren können.« Damit meint er andere NATO-Staaten. Wenn Gallant sich nach so einem Deal an »Gleis 17« fotografieren lässt, geht es um die NATO und nicht um Auschwitz.

Ich hoffe, all das macht es deutlicher, warum es bei der Unterstützung des zionistischen Projekts seitens der BRD geht. Dann wird auch die Repression gegen die Palästina-Solidarität klarer. Es ist wichtiger, über diese Aspekte zu reden als über deren ideologische Tar-

nung wie »historische Verantwortung« oder andere Lügen. Die Ideologie ist nur eine Waffe der Herrschenden, um die materielle Realität zu verteidigen und aufrechtzuerhalten oder zu verschleiern. Aber es ist natürlich auch wichtig, über

nommen – eine Parole, die unbedingt zu verteidigen ist, da sie nichts außer gleiche Rechte für alle Menschen im Lande fordert. Aber vor zehn Jahren war es die Parole »Kindermörder Israel«. Vielleicht haben wir heute mehr mit institutioneller

Überarbeitete Fassung des Vortrags von Dror Dayan für den Palästina-Kongress

„ Die Ideologie ist nur eine Waffe der Herrschenden, um die materielle Realität zu verteidigen und aufrechtzuerhalten oder zu verschleiern.

diese Waffe zu sprechen, da viele von uns dieser Repression ausgesetzt sind. Und es ist wichtig, anzumerken, dass auch dies nicht am 7. Oktober begonnen hat. Verbote von Nakba-Demos hatten wir schon in den Jahren davor. Heute werden Leute wegen »From the River to the Sea – Palestine will be Free« festge-

Repression zu tun, mit der Kündigung von Journalisten, mit Ausladungen, dem Streichen von Geldern. Aber es war nie besonders einfach, hier palästinasolidarisch zu sein. Und natürlich sind Institutionen der Kultur und Medien die Hauptträger der Staatsideologie, vor allem wenn sie vom Staat finanziert werden.

Mittwoch, 15.5. iW Spezial • 12 Seitenextra

Naher Osten

Lesen Sie darin unter anderem: »Das Recht auf Rückkehr ist uns heilig.« Über die historische Nakba und den Aufstand vom 7. Oktober. Ein Gespräch mit Salman Abu Sitta | Das Religiöse als Hebel »legitimer« Machtkämpfe. Über das ethnische Ressentiment in Israel. Von Moshe Zuckerman | Der UN-Teilungsplan und die »Welt« von 1947. Von Knut Mellenthin | Von Irgun bis »Where is Daddy?« Palästina als Testgrund für den militärisch-industriellen Komplex. Von Jakob Reimann



»Die Bundesregierung leistet Beihilfe zum Völkermord«

Resolution des Berliner Palästina-Kongresses vom 14. April 2024

Wir klagen an: Die Palästinenser:innen erleiden einen Völkermord.

Israel vernichtet Gaza und seine Bevölkerung. Mehr als 40.000 Palästinenser:innen wurden bis Ende März durch das israelische Militär getötet. In Gaza starben seit Oktober 2023 mehr Kinder als in allen weltweiten Konflikten von 2019 bis 2022. Fast alle Bewohner:innen Gazas wurden aus ihren Wohnorten vertrieben. Mehr als eine Million Menschen leiden an schwerem Hunger. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Medizin ist unterbrochen. Infrastruktur, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Verwaltungsgebäude und Wohnblocks wurden zerbombt.

Die Ermordung Zehntausender und die Vertreibung Hunderttausender konstituieren einen Genozid. Die israelische Kriegführung zielt auf die Zerstörung der palästinensischen Nation und darauf, deren mit der Nakba 1948 begonnene Vertreibung aus Palästina zu vollenden und zur Flucht nach Ägypten oder in andere Länder zu zwingen.

Die Bundesregierung leistet Beihilfe zum Völkermord.

Deutschland ist der zweitwichtigste Waffenlieferant für den Genozid. Seit Oktober 2023 verzehnfachte der Bundessicherheitsrat, bestehend aus Olaf Scholz, Wolfgang Schmidt, Annalena Baerbock, Boris Pistorius, Christian Lindner, Nancy Faeser, Marco Buschmann, Robert Habeck und Svenja Schulze, sowie seinen Beisitzern Carsten Breuer, Dörte Dinger, Steffen Hebestreit und Günter Sautter die Waffenlieferungen an Israel.

Deutschland leugnet den Genozid. Nach der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes, der Anzeichen für genozidale Bestrebungen seitens des israelischen Staates sah, war es Vizekanzler Robert Habeck, der erklärte, dass der Vorwurf des Völkermordes »jeglicher Grundlage entbehre«. Die Mehrheit der privaten und öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender, als auch deutscher Zeitungen beteiligt sich an einer Desinformationskampagne.

Deutschland unterstützt die genozidale Hungerpolitik der israelischen Regierung. Während sich bereits im Januar 2024 die Hungersnot in Gaza ausbreitete, erklärte die Ministerin für Zusammenarbeit Svenja Schulze, die humanitäre Unterstützung Deutschlands an die Palästinenser:innen und die UNRWA einzustellen. Die westliche »Notversorgung« durch eine Luftbrücke und auf dem Seeweg fungieren letztlich als humanitäre Flankendeckung für den Krieg.

Die Versammlungsfreiheit, die Organisationsfreiheit, die Freiheit von Presse und Wissenschaft werden eingeschränkt, um Proteste für einen Waffenstillstand zum Schweigen zu bringen. Dies geschieht durch Verordnungen der Innenminister. Es geschieht auch mit der Unterstützung regionaler und lokaler Politiker:innen, sowie der bereitwilligen Ausführung deutscher Polizist:innen und Verwaltungsbeamt:innen. Dass viele dieser Verordnungen »legal« sind, zeigt, wie groß der repressive und antidemokratische Spielraum in Deutschland bereits seit Jahrzehnten ist. Heute werden

Gesetze in Bundes- und Landesparlamenten debattiert, die fundamentale demokratische Rechte für jede und jeden dauerhaft und tiefgreifend einschränken werden.

Nie wieder für alle.

Der Genozid in Gaza stellt daher ähnlich wie der Vietnamkrieg eine Zäsur in Deutschland dar. Die Regierung unterstützt schamlos und vor der Weltöffentlichkeit einen Völkermord. Der Lärm der Bombardements in Palästina wird nur durch das Verharmlosen, ja das vielfach dröhnende Schweigen zu den Kriegsverbrechen übertroffen. Deutsche Politiker:innen bemühen eine zynische Neuinterpretation der Geschichte und rechtfertigen im Namen des »Nie Wieder« ihre Unterstützung eines Genozids.

Wer mit der Tötung von israelischen Zivilist:innen am 07. Oktober die Zerstörung und Ermordung der gesamten palästinensischen Zivilisation in Gaza rechtfertigt, begräbt auch jeden Anspruch auf Menschlichkeit und Demokratie. Die deutsche Regierung versucht, diesen Genozid mit dem Recht auf »Selbstverteidigung« zu rechtfertigen. Gleichzeitig spricht sie allerdings den Palästinenser:innen, die seit 76 Jahren Entrechtung und Vertreibung erleben, jedwedes Recht ab. Diese werden vielmehr rassistisch diffamiert, Protest wird unter den Generalverdacht des »importierten Antisemitismus« gestellt. Hinter dieser Hetze und Diffamierung steht ähnlich wie zu Zeiten des Vietnamkriegs kalte geostrategische Berechnung, insbesondere des deutschen und US-amerikanischen Imperialismus. In solchen Berechnungen gelten nicht alle Menschenleben gleichviel. Wir stellen uns gegen diese Entmenschlichung und die hinter ihnen stehenden Interessen.

Die Versammlungsfreiheit, die Organisationsfreiheit, die Freiheit von Presse und Wissenschaft werden eingeschränkt, um Proteste nach einem Waffenstillstand zum Schweigen zu bringen. Dies geschieht durch Verordnungen des Bundes- und der Landesinnenministerien. Es geschieht auch mit der Unterstützung regionaler und lokaler Politiker:innen sowie der bereitwilligen Ausführung deutscher Polizist:innen und Verwaltungsbeamt:innen. Dass viele dieser repressiven Verordnungen tatsächlich »legal« sind, zeigt, wie groß der repressive und antidemokratische Spielraum in Deutschland bereits seit Jahrzehnten ist. Heute werden Gesetze in Bundes- und Landesparlamenten debattiert, die fundamentale demokratische Rechte für jede und jeden dauerhaft und tiefgreifend einschränken werden.

Widerstand ist gerechtfertigt

Wir, die Teilnehmer:innen des Palästina-Kongresses erklären unseren Widerstand gegen diese aggressive und verbrecherische Politik. Wir verpflichten uns, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Vollendung des palästinensischen Genozids und damit eines weiteren Genozids unter deutscher Beihilfe zu verhindern.

Wir erklären, die Namen der Verantwortlichen deutschen Entscheidungsträger:innen nie zu vergessen. Ihre Schuld ist nicht reinzuwaschen. Heute

klagen wir sie moralisch an. Doch wir werden nie ruhen, bis sie zur Rechenschaft gezogen wurden.

Wir wissen, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Waffenlieferungen an Israel und die Kriegstreiber der Regierung ablehnt. Trotz Lügen, Diffamierung und Hetze wird mehr und mehr Menschen bewusst, dass die Politik der deutschen Regierung zum Völkermord und zur Vertreibung von Millionen Menschen führt. Wir wenden uns an diese Menschen, unsere Kolleg:innen, Nachbar:innen, Mitschüler:innen: Erheben wir uns gemeinsam, damit der Genozid gestoppt wird, damit die Menschen Gazas, die Menschen Palästinas leben können. Durchbrecht gemeinsam mit uns das Schweigen und erhebt diese Forderungen. Schließt euch unserer Bewegung gegen Genozid und Krieg an.

Vereinen wir unsere Kräfte mit den Palästinenser:innen, die für ihre Freiheit kämpfen und mit der internationalen Bewegung gegen den Genozid. Schließen wir uns Millionen von Menschen an, die weltweit auf die Straße gehen, um ihre Regierungen unter Druck zu setzen. Vereinen wir unsere Kräfte mit den Protesten von Arbeiter:innen in Katalonien, Italien, Belgien und Indien, die sich geweigert haben, an Flughäfen und Häfen Kriegsgüter zu beladen. Vereinen wir unsere Kräfte mit den Aktivist:innen, die in England Blockaden und Besetzungsaaktionen gegen die britische und israelische Rüstungsindustrie organisiert haben.

Unser Kampf für die Lebenden, für die Befreiung und Selbstbestimmung Palästinas!

- Sofortiger Waffenstillstand, sofortiger Rückzug der israelischen Armee
- Vollständige Aufarbeitung aller begangener Kriegsverbrechen.
- Sofortige Aufhebung jeglicher Beschränkungen humanitärer Hilfe nach Gaza und die volle Ausfinanzierung der UNRWA.
- Sofortige Öffnung aller Grenzübergänge von Rafah bis Allenby. Reißt die Apartheidsmauern ein.
- Vollständige Reparationen Israels, Deutschlands und weiterer Verbündeter an das palästinensische Volk.
- Sofortige Einstellung jeglicher militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung Israels durch den deutschen Staat sowie ein umfassendes Militärembargo.
- Sofortiger Rückzug der Bundeswehr, der US-Armee und aller NATO-Truppen aus dem Roten Meer und dem Nahen Osten! Nein zu Aufrüstung und Sondervermögen der Bundeswehr für den Krieg!
- Nein zu der Verwendung der zionistischen IHRA-Definition durch jegliche Institutionen oder staatliche Behörden, nein zur Legitimierung des Genozids im Schulunterricht. Stoppt die Exmatrikulation von Studierenden und Entlassungen von Lohnabhängigen, die sich mit Palästina solidarisieren!

- Schluss mit der Kriminalisierung und Repressionen der Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland. Sofortiger Stopp jeder Kriminalisierung palästinensischer Organisationen und Individuen sowie aller Abschiebungen. Öffnung der Grenzen und Aufnahme aller Geflüchteten bei vollem Recht auf Wohnen, Bildung und Arbeit.
- Durchsetzung des Rückkehrrechts der palästinensischen Geflüchteten sowie Ende des seit über 76 Jahren andauernden zionistischen Siedlerkolonialismus und ethnischer Säuberung des gesamten besetzten Palästinas.

Wir rufen dazu auf, diese Forderungen in Vereinen, Parteigliederungen, Gewerkschaften, Betriebsversammlungen, Studierenden- und Schüler:innenvertretungen, in Kollektiven und Clubs einzubringen, zu diskutieren und zu unterstützen.

Denn die Verantwortung liegt bei uns. Zur Verwirklichung dieser Ziele rufen wir zu einer breiten Kampagne von Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen den israelischen Staat in Deutschland auf. Wir fordern die Offenlegung aller Geschäftsbeziehungen und Verträge deutscher Unternehmen mit Israel!

Wir rufen Gewerkschaften, Beschäftigte und die Bevölkerung dazu auf, Waffenlieferungen aus Deutschland zu stoppen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, dem Aufruf ihrer palästinensischen Schwesterorganisationen zu folgen und eine international koordinierte Kampagne gegen das Morden zu organisieren. Jegliche Rechtfertigung und Unterstützung des Genozids in jedweder Form sind durch Streiks, Blockaden, Besetzungen oder zivilen Ungehorsam zu stoppen.

Beteiligt euch an der bundesweiten Aktionswoche vom 15.–22. April anlässlich des Tages der palästinensischen Gefangenen. Heute hält der israelische Staat weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter viele Minderjährige, im Verstoß gegen internationales Recht und Kriegsrecht als Geiseln.

Mobilisiert und organisiert gemeinsam mit uns zentrale Großdemonstrationen am 15. und 18. Mai in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und weiteren Städten. Wir rufen euch auf, die europaweite Nakba-Demonstration am 19. Mai in Brüssel zu unterstützen. Lasst uns anlässlich des 76. Jahrestages der Nakba, der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus ihren Heimstätten und Dörfern, bundesweit und international koordiniert ein Zeichen gegen Genozid, Vertreibung und Spaltung setzen.

Denn wir, palästinensische und jüdische, deutsche und internationale Stimmen wissen: Frieden kann es nur auf Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen, nur wenn die Unterdrückung der Palästinenser:innen voll und ganz beendet ist. Wir kämpfen für ein Ende des zionistischen Siedlerkolonialismus und seiner Apartheidpolitik vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer, einschließlich des Rückkehrrechts aller palästinensischen Geflüchteten.